

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L /NOFORN

COUNTRY East Germany

REPORT

14 AUG 1957

SUBJECT Official Bulletins of the East German Ministry of Construction

DATE DISTR.

25X1

NO. PAGES

1

REQUIREMENT NO.

RD

REFERENCES

25X1

DATE OF INFO.
PLACE & DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

official bulletins (Verfuegungen und Mitteilungen) of the East German Ministry of Construction for 15 January; - 1 February; 15 February; and 1 March 1957. (24 pages)

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L /NOFORN

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC				
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

1957

Berlin, den 15. Januar 1957

Nr. 2

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil			
6. Erfassung von Starkstromkabeln — Planpos. 2751 100 —, Schrämmkabel — Planpos. 2752 100 sowie Gummischlauchleitungen — Planpos. 2752 200 — Stichtag per 21. 12. 1956	1	9. Richtlinien für die Großblockbauweise (4. Dezember 1956)	4
7. Verbrauch an Papier für Sonderdrucke des betrieblichen Rechnungswesens	1	10. Direktive für die Instandsetzung von Altwohnungen im Jahre 1957	9
8. Formblatt Betriebsplan 1957 — Plan 53 Berichtigung des Genehmigungsvermerkes	2	11. Hinweise für die Kostenplanung	10
9. Abrechnung des Planes für Forschung und Technik	2	12. Anzahl von Projektmappen für Vorhaben des Energieprogramms sowie der Braunkohle	10
10. Vordruck „Pfändungsberechnung“	2		
B. Besonderer Teil		II. Baustoffindustrie	
I. Technik und Entwurf		6. Lieferung von Schwerspat	10
8. Typenentwürfe			
Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 19/56 B I 91	2	III. Bauindustrie	
		3. Fachkontenrahmen der volkseigenen Bauindustrie 1957	11
		4. Finanzberichterstattung	11
		5. Preisanordnung Nr. 400 vom 10. Februar 1955 (GBl. I S. 143)	11
		6. Versorgung der Baubetriebe im Jahre 1957 durch langfristige Warenbereitstellungen	11

A. Allgemeiner Teil

6. Erfassung von Starkstromkabeln — Planpos. 2751 100 —, Schrämmkabeln — Planpos. 2751 100 — sowie Gummischlauchleitungen — Planpos. 2752 200 — Stichtag per 31. 12. 1956.

Zur Sicherung der Abdeckung des Bedarfs an Kabeln und Leitungen ist eine Erfassung aller vorhandenen Bestände einschl. Investitionsmaterial an Starkstromkabeln, Schrämmkabeln und Gummischlauchleitungen mit Stichtag 31. Dezember 1956 erforderlich. Die dem Ministerium für Aufbau unterstellten Bau- und Baustoffbetriebe weise ich daher an, alle vorhandenen Bestände, unter Verwendung des nachfolgenden Musters, bis zum

31. Januar 1957

dem Ministerium für Schwermaschinenbau, Hauptverwaltung Projektierung und Anlagenbau, Berlin W 1, Leipziger Str. 5—7, zu melden.

Muster der Meldung:

1. Betrieb
2. Typenbezeichnung
3. Querschnitt
4. kV
5. Länge in m
6. Wert in TDM IAP lt. Rechnung
7. Kabeltrommel, Stückzahl und Nr.-Angabe
8. davon
 - a) betriebseigene
 - b) Leichttrommeln
9. Monat und Jahr der Anlieferung des Kabels
10. voraussichtlicher Termin der Verlegung

11. für welches Objekt (bei größeren Objekten Baustelle angeben) ist das Kabel vorgesehen?

Die Befragung läuft unter dem Genehmigungsvermerk Nr. 120/17 des Ministeriums für Schwermaschinenbau und ist bis zum 31. Januar 1957 befristet.

7. Verbrauch an Papier für Sonderdrucke des betrieblichen Rechnungswesens.

Für die Drucklegung von Sondervordrucken des betrieblichen Rechnungswesens steht für den Bereich des Ministerium für Aufbau (allen VE Bau- und Baustoffbetrieben, Hoch- u. Ingenieurschulen für Bauwesen, Entwurfsbüros und Instituten) für das Jahr 1957 beim Vordruck-Leitverlag Freiberg/Sachsen ein Papier-Sonderkontingent zur Verfügung. Damit die Garantie gegeben ist, daß das zugeteilte Jahreskontingent nicht überschritten wird und darüber hinaus noch eine Einsparung erzielt werden kann, sind die vorhandenen Standard-Vordrucke unbedingt zu verwenden und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wird die Genehmigung für betriebliche Sonderdrucke erteilt.

Zur Abwicklung wird daher folgendes festgelegt:

1. Einreichung der Anträge:

Der Vordruck-Leitverlag ist angewiesen, Aufträge für Sonderdrucke nur auszuführen, wenn die erforderliche Genehmigung des Ministeriums für Aufbau vorliegt. Deshalb hat die Einreichung der Anträge nicht mehr direkt an den Vordruck-Leitverlag Freiberg zu erfolgen, sondern über die vorgesetzte Dienststelle (Kreis, Bezirk, HV), welche nach Überprüfung auf Ausführung und Menge mit einem Vermerk der Befürwortung diese Anträge an die zuständige Stelle des Ministeriums für Aufbau (Abt.

Finanzen der HA Bau- bzw. Baustoffindustrie weiterleitet.

In der Antragstellung auf Sonderdruck ist vom Betrieb zu begründen, warum der vorhandene „Standard-Vordruck“ nicht verwendet werden kann und unbedingt ein Sonderdruck erforderlich wird. Bei Bestellungen ist der monatliche Verbrauch und die vorgesehene Zeit der Verwendung anzugeben.

- Alle vorher getroffenen Vereinbarungen verlieren mit dem 1. Januar 1957 durch diese Anordnung ihre Gültigkeit.

8. Formblatt Betriebsplan 1957 — Plan 53 Berichtigung des Genehmigungsvermerkes.

Bei der Drucklegung des Formblattes

„Betriebsplan 1957 — Plan 53

Arbeitskräfte, Produktivität und Lohn“

ist aus Versehen der Druckerei ein falscher Genehmigungsvermerk angebracht worden.

Anstelle: Genehmigt vom Minister für Schwermaschinenbau und Allgemeinen Maschinenbau, registriert am 30. Oktober 1956 unter Nr. 130/13 muß es heißen:

„Genehmigt vom Minister für Aufbau, registriert am 17. Dezember 1956 unter Nr. 180/9. Befristet bis zum 31. Dezember 1957.“

9. Abrechnung des Planes für Forschung und Technik.

Bei einer am 14. Dezember 1956 mit den Hauptbuchhaltern einiger Betriebe und Vertretern des Ministeriums für Aufbau durchgeführten Besprechung über die Abrechnung des Planes für Forschung und Technik ergab sich, daß in einigen Betrieben noch Unklarheiten in verschiedenen Punkten der Abrechnung und Aktivierung vorhanden waren.

Es wurde übereinstimmend festgelegt, daß die Kosten auf dem Konto 43 (Bestand an Vorleistungen) nur nach Abschluß bzw. Fertigstellung eines Auftrages zu aktivieren sind. Zur besseren Übersicht über den Anfall der Kosten je Auftrag wurde deshalb vorgeschlagen, die Konten 43 und 274 themenweise zu gliedern. Die Abrechnung bei der Beschaffung von Material für die Aufträge Forschung und Entwicklung über Konto 182 (zweckgebundenes Material) ist in jedem Fall durchzuführen, wenn eine Bestandshaltung erfolgt.

Bei Ermittlung und Abrechnung der Abteilungsgemeinkosten ist zu beachten, daß für Forschungs- und Entwicklungsaufträge nur diese Gemeinkosten in Ansatz gebracht werden können, die mit diesen Arbeiten im Zusammenhang stehen. Es sind also keinesfalls die Plan- oder Ist-Gemeinkosten des Betriebes zur Abrechnung zu verwenden. Deshalb wurde festgelegt, daß für 1957 zu planen, abzurechnen und von der übergeordneten Dienststelle zu bestätigen sind die Abteilungsgemeinkostensätze nach dem Ist des Vorjahres für Forschungs- und Entwicklungsaufträge und entsprechend der Korrigierung durch geplante Veränderungen im Planjahr.

Für die Abrechnung der Betriebs- und anderen Gemeinkosten wurde vereinbart, daß der geplante Zuschlagssatz des Betriebes anzuwenden ist. Dabei ist allerdings zu beachten, daß als Basis die durchschnittlichen Kosten für die Produktionsarbeiter anzusetzen sind. Es ist deshalb eine Umrechnung der gezahlten Löhne zu den Durchschnittssätzen der Produktionsarbeiter erforderlich.

Die Finanzierung der Arbeiten für Forschung und Technik wird voraussichtlich im Jahre 1957 ebenso wie 1956 erfolgen, indem an die Betriebe von der Deutschen Notenbank Limite ausgereicht werden (volks-

eigene Bauindustrie von der Deutschen Investitionsbank).

Ab 1957 ist die Abrechnung über „Aktivierte Kosten für die aus dem zentralen Fonds für Forschung und Technik finanzierten Arbeiten“ (Anlage Gesetzblatt Teil I Nr. 84/1955 S. 672) in doppelter Ausfertigung einzureichen.

10. Vordruck „Pfändungsberechnung“.

In der ersten Zeile trägt dieses Formular die Bezeichnung „SV-pflichtiger Lohn“. Die Bezeichnung muß jedoch lauten „Gesamt-steuerpflichtiger Lohn“.

Bei Verwendung des Formulars ist die Zeile entsprechend zu berichtigen.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

8. Typenentwürfe

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 19/56 B I 91.

Auf Grund der angespannten Materiallage sind die im Mitteilungsblatt Nr. 19 des Ministeriums für Aufbau genannten Typen nur für Bauvorhaben zu verwenden, die bis zum 1. Mai 1957 begonnen werden.

Dem Beginn solcher Bauten vor dem 1. Mai 1957 wird seitens des Ministeriums für Aufbau nur zugestimmt, wenn alle Bauunterlagen (Zeichnungen, statische Berechnung, Kostenkalkulation usw.) beim Bedarfsträger vorliegen und alle anderen Bauvoraussetzungen, wie Finanzmittel, Material und Arbeitskräfte, gesichert sind.

Bei Bauvorhaben, die nach dem 1. Mai 1957 begonnen werden, sind folgende Typen anzuwenden:

Wohnungsbau (traditionelle Bauweise)

- 3- und 4geschossiger volkseigener Wohnungsbau
 - W 56/1 Zweispänner 3 Zimmer (Nord/Süd)
 - W 56/2 Zweispänner 3 Zimmer (Ost/West)
 - W 56/3 Dreispänner 2 Zimmer (Nord/Süd)
 - W 56/4 Dreispänner 2 Zimmer (Ost/West)

Die genannten Projekte sind bis zum 1. April 1957 auf die Geschoßhöhe von 2,75 m umzuprojektieren. Vom 1. April 1957 ab sind im Wohnungsbau bei allen neuen Bauvorhaben nur noch Geschoßhöhen von 2,75 m (nur für monolithische Bauweisen) bzw. 2,80 m (nur für industrielle Bauweisen) zulässig.

- ländlicher zweigeschossiger Wohnungsbau

- LW 56/50
- LW 56/60
- LW 56/70
- LW 56/80

- LPG-Hauswirtschaften

- LPG 54/4 (Anwendung nur bei Lehmausführung)
- LPG 57/A und B

- Individueller Eigenheimbau

Die im Mitteilungsblatt Nr. 19 des Ministeriums für Aufbau genannten Typen bleiben vorerst gültig. Sie werden im III. Quartal 1957 durch eine neue Serie nach der Bau-Enzyklopädie ersetzt.

Wohnungsbau (industrielle Bauweise)

- Q 3 Serie
- Q 3a Serie

Als Entwurfskennziffern des Materialverbrauchs für individuelle Projekte darf je Durchschnitts-WE (38 m² Wohnfläche, 16 m² Nebenfläche) einschließlich Keller, Treppen- und Dachanteil folgender Höchstverbrauch an Stahl, Zement und Holz nicht überschritten werden:

- Stahl 0,85 t
- Zement 6,7 t
- Holz 0,45 m³ (ohne Tischlerholz)

Sonstiger Hochbau

Die im Mitteilungsblatt Nr. 19 genannten Typen und WV-Projekte der gesellschaftlichen und ländlichen Bauten bleiben für 1957 noch gültig.
Bei Stallbauten sind wegen der material- und kosten- sparenden sowie arbeitswirtschaftlichen Vorteile gegenüber den deckenlastigen Ställen vorzugsweise erlastige Ställe auszuführen.

Richtlinien für die Projektierung und Bauausführung bezüglich der anzuwendenden Materialien und Konstruktionselemente

Siehe Anlagen: Wohnungsbau
Sonstiger Hochbau
Industriebau

Anlage 1**Wohnungsbau**

Für die Projektierung und Bauausführung gilt die Verwendung folgender Materialien und Konstruktionselemente als Richtlinie:

Monolithisch	Wandbaustoffe Geschosse	Decken- elemente	Dach- konstruktion	Fußböden Geschoß	Zwischenwände		
	Keller			Keller			
3- u. 4gesch. Wohnungsbau	VZ HILZ HBL	Kalksand- steine VZ	Din-F-Decke	vorzugsweise Stahlbetonkon- struktionen, sonst ingenieur- mäßige Holz- konstruktionen	Gummischrot m. Gummibelag oder PVC, schwimmende Estriche	in Vorrats- räumen VZ, im übrigen Zement- estrich	Leichtbauplatten 5 cm Schaum- beton, Porenan- hydrit etc., im übrigen und bei allen Feucht- räumen Lang- lochsteine
1- u. 2gesch. Wohnungsbau	HBL Lehm VZ	dto.	DIN-F-Decke Sparbalken	vorzugsweise Sparbinder	dto.	dto.	dto.
industriell 3-, 4- u. 5gesch. Wohnungsbau	Ziegelgroß- blöcke, Ziegel- splittbeton, warmbehandel- ter Schaumbeton, Hüttenbims	dto.	Zwickauer Decke Ziegelwölb- schicht mit 2. Scheibe	Stahlbetonkon- struktionen	ohne schwim- mende Estriche	dto.	dto.

Anlage 2**Sonstiger Hochbau**

Für die Projektierung und Bauausführung gilt die Verwendung folgender Materialien und Konstruktionselemente als Richtlinie

landwirtsch. Pro- duktionsbauten einschl. MTS	Wandbaustoffe	Stützkonstruk.	Decken Lastdecke	Decken Wärmedecke	Dachkonstrukt.	Dach- eindeckung	Fußböden
Warmbauten	VZ HILZ Lehm Leichtbeton- blöcke	--	Stahl- beton- und Stahl- Stein- Decke	zementgeb. Holz/aserplatten	vorzugsweise Brettbinder, Kassetten- platten, Stahl- beton	vorzugsweise Dachziegel (Platten, Falz- ziegel, Biber- schwänze) Asbestzement- u. Aluminium- tafeln (nach Ab- stimmung.) Dach- pappe	Zementestrich, gering auch VZ Perositplatten mit Spachtel- masse aus PVC-Stoffen
Kaltbauten	HBL Kalksandsteine Asbestzement- tafeln, Well- blech, Schlacken- platten	Stahlbeton- stützen u. -unter- züge, Rundholz- stützen (nicht bei Lastdecken)	dto.	--	dto. Rundholz (Flachdach)	dto.	VZ Lehm Zementestrich
Silo und Gruben	Stahlbeton, teil- weise auch VZ	--	--	--	--	--	Zementbeton VZ
Gesellschaftl. Bauten (Sie werden je- weils dem Woh- nungsbau ange- glichen)							

Anhang 3**Industriebau**

Für die Projektierung und Bauausführung gilt die Verwendung folgender Materialien und Konstruktionselemente als Richtlinie:

	Wandbauteile tragende Konstruktion	Ausfachung	Dachkonstruktion	Fußböden
Stahlbeton und Werkstätten	VZ	—	Stahlbeton, vorzugsweise ausgezähnte Stahlträger	Zementestrich
leichte Hallenbauten	Stahl und Stahlbeton	VZ Asbestzement (nach Abst.) Wellblech Drahtglas	ausgezähnte Stahlträger, Stahlbeton	dto.
schwere Hallenbauten	Stahl, geringfüg. Stahlbeton	VZ Drahtglas	vorzugsweise ausgezähnte Stahlträger	dto.
Industrie-Geschoßbauten	Rahmenkonstruktion, Thermalbauweise	VZ	Stahlbeton	dto.
hoch. Hallen-Geschoßbauten	siehe schwere Hallen- und Industrie-Geschoßbauten			
Scheunen	vorwiegend Klinker, Beton u. Gleitschalg.	—	—	
Temperaturspeichernde Gebäude	Stahlbeton, Stahl für Kühl- türme auch Holz	VZ Holz	Stahlbeton, Stahl, Holz	dto.
Turbinenstationen	VZ	—	Stahlbeton	dto.
Bunker	Stahlbeton	—	dto.	dto.

**9. Richtlinien für die Großblockbauweise
(4. Dezember 1956).**

Die nachstehenden Richtlinien treten an die Stelle des „Entwurfes von Richtlinien für die Großblockbauweise“ (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 4/1955, Seite 5). Sie sind bei der weiteren Projektierung und Ausführung der Großblockbauweise anzuwenden.

Grundlage für die Ausarbeitung der Richtlinien waren die Untersuchungen der Deutschen Bauakademie, Forschungsinstitut für Bautechnik, und die Erfahrungen mit der Großblockbauweise, die unter weitgehender Mitwirkung der Institute des Ministeriums für Aufbau, der Entwurfsbüros sowie der Bau- und Baustoffbetriebe in der Tagung vom 24.—26. Oktober 1956 und weiteren Beratungen ausgewertet wurden.

Es wird gebeten, Erkenntnisse und Hinweise, die sich bei der weiteren Anwendung der Großblockbauweise ergeben und die zur Berücksichtigung für eine künftige Überarbeitung der Richtlinien geeignet erscheinen, der Deutschen Bauakademie, Forschungsinstitut für Bautechnik, Berlin O 17, Postschließfach-Nr. 135, mitzuteilen.

**Richtlinien für die Großblockbauweise
Fassung 4. Dezember 1956**

INHALT

1. Allgemeines

- 1.1 Grundlagen
- 1.2 Geltungsbereich
- 1.3 Bautechnische Unterlagen
 - 1.31 Standardsicherheit
 - 1.32 Blöcke
 - 1.33 Arbeitsablaufplan

2. Konstruktion und Berechnung

- 2.1 Fundamente und Keller
- 2.2 Wände
 - 2.21 Fugen
 - 2.22 Aussparungen
 - 2.23 Wandanschlüsse
 - 2.24 Berechnungsgrundlagen
 - 2.25 Güteüberwachung
 - 2.26 Dehnungsfugen
 - 2.27 Stahlbeton-Ringanker

2.3 Decken

2.4 Schornsteine

2.5 Aussteifung

2.6 Lastverteilung

3. Fertigung

3.1 Baustoffe

3.2 Herstellung

3.21 Arbeitsfugen

3.22 Schnellerhärzung

3.23 Nachbehandlung

3.24 Spaltklinkerverkleidung

3.25 Toleranzen

3.3 Lagerung

3.4 Kennzeichnung

4. Bauausführung

4.1 Krane

4.2 Zangen

4.3 Transport

4.4 Lagerung

4.5 Montage

4.51 Anheben der Blöcke

4.52 Versetzen der Blöcke

4.53 Standsicherheit der Blöcke

4.54 Reihenfolge des Versetzens

1. Allgemeines

1.1 Grundlagen

Soweit in diesen Richtlinien nichts anderes gesagt ist, sind die gültigen bautechnischen Bestimmungen einzuhalten.

Als solche gelten insbesondere:

DIN 105	Mauerziegel, Vollziegel und Lochziegel
DIN 106	Kalksandsteine (Mauersteine)
DIN 1047	Bauwerke aus Beton
DIN 1053	Mauerwerk, Berechnung und Ausführung
DIN 4108	Wärmeschutz im Hochbau
DIN 4109	Schalldschutz im Hochbau (Beiblatt Entw. März 1952)
DIN 4163	Ziegelplättbeton
DIN 4225	Stahlbeton-Fertigbauteile
DIN 4226	Beton-Zuschlagstoffe

DIN 4232	Geschüttete Leichtbetonwände für Wohn- und andere Aufenthaltsräume	Samtkonstruktion übersichtlich und leicht prüfbar nachweisen.
DIN 18150	Hausschornsteine aus Leichtbeton-Formstücke	Gegebenenfalls sind auch einzelne Montagezustände auf ihre Sicherheit zu untersuchen.
DIN 18162	Wandplatten aus Leichtbeton	
TGL 71 : 4	Vorläufige Richtlinien für Bemessung und Ausführung tragender Wände aus Beton und Stahlbeton im Hochbau	
TGL (Entwurf)	Hochofenschlacke, Richtlinien für Prüfung und Lieferung	
TGL (Entwurf)	Hüttenbims, Richtlinien für die Lieferung	
Festlegung der Außenwanddicken bei Verwendung von Leichtbetongroßblöcken im Wärmedämmgebiet II (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau, Nr. 13/1956, S. 4).		
Richtlinien zur Gewährleistung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit bei der Großblockbauweise mit zugehöriger Abänderung (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau, Nr. 13/1956 und 19/1956).		
1.2 Geltungsbereich		
Diese Richtlinien gelten für Bauten, deren Wände aus großformatigen Blöcken von mindestens 80 cm Höhe montiert werden und bei denen die Verbindung der einzelnen Blöcke durch Mörtelfugen erfolgt.		
Die Geschoßhöhe darf höchstens 3,50 m betragen, wobei die Dicke der tragenden Wände mit mindestens 19 cm einzuhalten ist. Die Gesamthöhe von Großblockbauten ist, von Terrainhöhe bis zur obersten Geschoßdecke gerechnet, auf 16,5 m beschränkt.		
Je Geschoß dürfen — ohne Ringankerblock — höchstens 3 Blöcke übereinander stehen. Die Blöcke können aus Beton, Mauerziegeln oder anderen geeigneten Baustoffen hergestellt werden. Sie müssen sämtlicher in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen entsprechen.		
Soweit bei Großblockbauten von diesen Richtlinien abgewichen werden soll, bedarf es einer Ausnahmegenehmigung der Staatlichen Bauaufsicht.		
Für Blöcke mit einer Höhe von weniger als 80 cm gelten uneingeschränkt die Bestimmungen des Normblattes DIN 1053.		
1.3 Bautechnische Unterlagen		
Die Eigenart der Blockbauweise erfordert gegenüber den herkömmlichen Bauweisen eine Reihe zusätzlicher Angaben in den bautechnischen Unterlagen.		
1.31 Standsicherheit		
Aus den Zeichnungen muß die Lage der Ringanker einwandfrei ersichtlich sein. In einer zur statischen Berechnung gehörigen Übersichtszeichnung, die auch dem Bauleiter vor Beginn der Bauarbeiten zur Verfügung stehen muß, sind die Wände besonders zu kennzeichnen, die für die Gesamtaussteifung des Gebäudes und die Ableitung der horizontalen Kräfte in den Baugrund erforderlich sind. Diese Wände müssen auch während des gesamten Bauablaufes ihre Funktion ohne Störung erfüllen können.		
Die Festigkeitsberechnung muß die Standfestigkeit aller tragenden Teile und der Ge-		
		1.32 Blöcke
		Aus den Zeichnungen muß die Blockaufteilung in den Ansichten und Grundrissen ersichtlich sein. Die Blöcke sind in den Ansichten und Schichtenplänen nach Positionen zu numerieren. Jede Blockposition ist im Detail darzustellen und einschl. Aussparungen zu bemaßen. Aus dem Blockauszug muß die Größe, das Raumgewicht, das Gesamtgewicht, die geforderte Festigkeit und die Anzahl der einzelnen Blöcke jeder Position ersichtlich sein.
		1.33 Arbeitsablaufplan
		Aus dem Montageablaufplan und der Montageablaufzeichnung muß die Reihenfolge ersichtlich sein, in der die Blöcke zu versetzen sind.
		2 Konstruktion und Berechnung
		2.1 Fundamente und Keller
		Fundamente sind in der Regel monolithisch und nur in Ausnahmefällen aus Fertigteilen herzustellen. Bei normalen Baugrundverhältnissen ist keine Bewehrung erforderlich.
		Voraussetzung für die Anwendung von Fertigteilen ist ein tragfähiger, nicht zu ungleichmäßigen Setzungen neigender Baugrund. Die Stoßfugen von Fundamentblöcken brauchen nicht vermörtelt zu werden. Durch eine sorgfältig auszuführende, beim Versetzen der Teile noch weiche Mörtelausgleichsschicht, ist für eine kraftschlüssige Verbindung mit dem Baugrund zu sorgen.
		Im Bergsenkungsgebiet ist die Anwendung von Fertigteilen für Fundamente und Keller untersagt.
		Kellerwände sind in der Regel im Verband zu versetzen. Geschieht das ausnahmsweise nicht, dann sind besondere Maßnahmen zur Lastverteilung vorzusehen wie z. B. Ausgleichsbewehrung in den Fundamenten.
		2.2 Wände
		2.21 Fugen
		Die einwandfreie und vollfugige Ausbildung der Lagerfugen ist entscheidend für die Tragfähigkeit und die Standsicherheit der Großblockwände. Lediglich in der Längsachse der Lagerfuge ist mittels geeigneter Vorrichtungen (z. B. Mörtelschlitten oder Fugenlehre) ein Streifen von 2 bis 3 cm von Mörtel freizulassen, sofern die Blöcke nicht zunächst trocken auf Keile abgesetzt und die Lagerfugen nachträglich durch Auspressen vermörtelt werden. Die Dicke der Lagerfuge soll in der Regel 15 bis 20 mm betragen. Um dem Fugenmörtel nicht zu viel Wasser zu entziehen, sind die Lagerflächen von Ziegelblöcken vorher zu nassen.
		Die Stoßfugen dürfen im Bauwerk von oben bis unten durchgehen, müssen jedoch in Höhe jeder Geschoßdecke durch den dort gemäß Abschn. 2.27 anzubringenden Ringanker unterbrochen werden. Sie sind so auszubilden, daß sie nach dem Versetzen des Blockes von oben her einwandfrei vermörtelt werden können.
		In Betonblöcken sind für die Stoßfugen nutzförmige Aussparungen anzubringen, die 3 cm

in den Block eingreifen und an den Stirnflächen des Blockes 7 cm breit sind. Bei Ziegelblöcken ist wegen der verschiedenen Ziegelformen die Stoßfugenausbildung mit der Bauaufsicht zu vereinbaren.

2.22 Aussparungen

Aussparungen sind nur soweit zulässig, als dadurch die Standfestigkeit nicht beeinträchtigt wird. Schlitze dürfen nur in lotrechter Richtung eingestemmt werden, wobei die Schlitztiefe höchstens 3 cm sein darf. Schlitze in anderer Richtung sind im Wohnungsbau untersagt. Soweit sie bei sonstigen Bauten unvermeidlich sind, ist die statische Auswirkung der Schwächung der Wand durch die Schlitzte vom Projektierungsbüro besonders zu untersuchen. Derartige Schlitze sind bereits in der Vorfertigung der Blöcke vorzusehen; das Stemmen solcher Schlitze ist verboten.

2.23 Wandanschlüsse

Längs- und Querwände können bei Geschoßhöhen < 3 m ohne sonstige Verankerung gegeneinander stumpf mit Mörtelfuge gestoßen werden, wenn sie mit den Decken durch Ringanker gemäß Abschn. 2.27 kraftschlüssig verbunden sind. Dabei müssen Außenwände mindestens 29 cm und Innenwände mindestens 19 cm dick sein.

Unbedingte Voraussetzung für den Fortfall sonstiger Verankerungen ist, daß die Lagerfugen gemäß Abschn. 2.21 und 4.52 dicht geschlossen und einwandfrei ausgeführt sind und eine gleichmäßige, den Rechnungsannahmen entsprechende Spannungsübertragung gewährleisten. Auch müssen die Blöcke eine ausreichende Kantenfestigkeit aufweisen und deshalb mindestens aus Beton B 50 bestehen.

Ferner dürfen rechnerisch in keinem horizontalen Schnitt der lediglich in den Deckenebenen seitlich gehaltenen Wände Zugspannungen auftreten. Als horizontale Last ist für Außenwände in beiden Richtungen die volle Windlast ohne Trennung nach Druck und Sog einzusetzen. Zu den vertikalen Lasten darf bei Wänden, die parallel zur Deckenspannrichtung verlaufen, das Eigengewicht eines Deckenstreifens von der Breite eines halben Fertigteilfeldes, jedoch nicht mehr als 1 m, hinzugerechnet werden.

(Beispiel: Es wird eine Decke aus 60 cm breiten Fertigteilplatten verlegt. Für die Belastung der Wand kann dann das Eigengewicht eines $60/2 = 30$ cm breiten Deckenstreifens angesetzt werden.) Voraussetzung dieser Lastannahme ist, daß durch den gemäß Abschn. 2.27 aus Ort beton herzustellenden Ringanker eine Verbindung der Decke mit der Wand gesichert ist. Rechnerisch ist in der Regel anzunehmen, daß die senkrechten Lasten mittig angreifen. Das Biegemoment aus Wind ist mit $\frac{wh^2}{12}$ einzusetzen, wobei h die Geschoßhöhe ist.

Sofern die genannten Voraussetzungen zur Weglassung von Wandankern nicht voll erfüllt sind, muß mindestens eine Verankerung im mittleren Drittel der Wandhöhe vorgenommen werden. Hierfür ist ein T-förmiger Flacheisenanker zu verwenden, der einen Querschnitt von 2 cm^2 hat und in die aussteifende Wand mindestens 1 m eingreift. Die Länge des Querstückes in der auszusteifenden Wand soll etwa 50 cm betragen.

2.24 Berechnungsgrundlagen

Die Wände sind bei der Großblockbauweise für die Berechnung grundsätzlich als zwei-seitig gehalten anzusehen. Die Knicklänge ist gleich der Geschoßhöhe zu setzen.

Eine Ausnahme ist bei Pfeilern und Wandteilen zulässig, die innerhalb des untersuchten Abschnittes keine Stoßfugen haben (Pfeilerlänge = Blocklänge) und die in der Knickrichtung beiderseits durch einen Wandstreifen ausgesteift sind, dessen Länge mindestens $1/5$ der Geschoßhöhe und nicht kleiner als 50 cm ist. Diese Pfeiler und Wandteile dürfen ohne Knickabminderung berechnet werden.

Für alle übrigen Wände hat die Berechnung mit der ω -fachen Last zu erfolgen. Die ω -Werte in Abhängigkeit von der Schlankheit

$\frac{s_k}{d}$ sind Tafel 1 zu entnehmen. Zwischenwerte sind gradlinig einzuschalten. Die vertikalen Lasten können in der Regel zentrisch angenommen werden, sofern nicht eine Einspannung der Decke in die Wände in Rechnung gestellt wird.

Der Knicksicherheitsnachweis ist im allgemeinen ebenfalls nur für zentrisch angreifende Lasten zu führen.

Tafel 1 ω -Werte

$\frac{s_k}{d}$	Geschoßhöhe		Beton- und Ziegelblöcke mit Blockhöhen > 80 cm	
	Betonblöcke	Ziegelblöcke		
< 8	1		1	
10	1,1		1,2	
12	1,3		1,4	
14	1,5		1,6	
16	1,7		1,9	
20	2,1		2,5	

Tafel 2

Zulässige Druckspannung für Großblockwände und Pfeiler aus Betonblöcken

1 Anwendungsbereich	Mörtelgruppe	Zulässige Spannungen bei Güteklassen			
		B 30	B 50	B 80	B 120
2 Wände, die aus höchstens 3 Schichten — ausschl. Ringankerblock — je Geschoßhöhe bestehen	II	6	10	16	—
3 Blockhöhe > 80 cm	III	—	—	18	25
		B 30 nur zulässig bei Wanddicken > 29 cm			

Tafel 3

Zulässige Druckspannung für Großblockwände und Pfeiler aus Ziegelblöcken

1 Anwendungsbereich	Mörtelgruppe	Zulässige Spannung bei einer Steinfestigkeit (kg cm ²) von			
		50	100	150	250
2 Großblöcke aus Ziegeln	II	6	9	12	16
3	III	8	12	16	22

Mörtelgruppe III soll bei Ziegelgroßblöcken nur für einzelne Bauteile, bei denen eine Spannungskonzentration auftritt, angewendet werden.

2.25 Güteüberwachung

Bei Betonblöcken ist die Betongüte an Würfeln mit 20 cm Kantenlänge festzustellen. Zusätzlich ist bei Aufnahme oder Änderung der Blockproduktion bis zum Erreichen einer gleichmäßigen Güte neben der Würfelfestigkeit auch die Festigkeit des Einzelblockes festzustellen. Die Blockfestigkeit muß die in Tafel 4, Spalte II, aufgeführten Werte erreichen. Bei Blöcken mit Hohlräumen ist der effektive Querschnitt (Gesamtquerschnitt abzgl. Öffnungen) einzusetzen.

Tafel 4

Festigkeit von Betonblöcken in %, bezogen auf die Würfelfestigkeit = 100%

$\frac{h}{d}$ des Blockes	Mittelwert aus 3 Blöcken	Kleinster Einzelwert
I	II %	III %
2	85%	70%
3	80%	66%
4	75%	62%
5	71%	58%
6	68%	56%
7	66%	54%
8	64%	52%

In der laufenden Produktion ist nach je 3000 Blöcken, getrennt nach Innen- und Außenwandblöcken, zu prüfen, ob die Blockfestigkeit nach Tafel 4 eingehalten wird. Die Prüfung ist jeweils an einem Satz von 3 Blöcken vorzunehmen.

Ziegelblöcke sind durch die in Tafel 1 angegebenen "-Werte günstiger gestellt, als nicht ausgesteifte Wände nach DIN 1053, Tafel 6. Dies setzt eine sehr gute Qualität der Ziegelblöcke voraus, die durch Prüfung der Blockfestigkeit zu belegen ist. Die Blockfestigkeit ist an Blöcken mit einer Schlankheit $\frac{h}{d} > 4$ zu prüfen und muß im Mittel von 3 Werten mindestens das 3,5fache der zulässigen Spannung nach Tafel 3 erreichen. Die Anzahl der durchzuführenden Prüfungen entspricht derjenigen bei Betonblöcken. Die Steine müssen bei der Verarbeitung naß sein, damit dem Fugenmörtel nicht zuviel Wasser entzogen wird.

Die erforderliche Blockfestigkeit ist durch geeignete Maßnahmen im Fertigungsverfahren sicherzustellen.

2.26 Dehnungsfugen

Soweit nicht wegen des Baugrundes Trennungsfugen für unterschiedliche Setzungerscheinungen erforderlich sind, werden Dehnungsfugen wegen Schwinderscheinungen und Temperaturdehnungen erst bei Gebäudelängen über 80 m erforderlich. Voraussetzung ist dabei, daß die Stoßfugen durch die Geschosshöhe senkrecht durchgehen. Im übrigen gilt diese Festlegung nur für Wohnbauten und gleichartig beheizte Bauten.

Massivdächer und Gesimse sind in wesentlich kürzere Abschnitte aufzuteilen und konstruktiv so auszubilden, daß bei Temperaturschwankungen die untere Konstruktion nicht nachteilig beeinflußt wird.

2.27 Stahlbeton-Ringanker

Ringanker müssen grundsätzlich im Schnitt zwischen Decken- und Wandebene liegen.

Ihre Breite muß mindestens 5 cm betragen. Bei keilförmiger Ausbildung kann das Maß im Mittel auf 4 cm ermäßigt werden. Ringanker sind kontinuierlich über Quer- und Außenwände zu führen. Die Ringverankerung ist über alle tragenden und aussteifenden sowie über Haus- und Wohnungstrennwände zu führen. Bei Treppenhäusern kann der Ringanker in der Außenwand unterbrochen werden.

Stöße der Bewehrung sind nach DIN 1045, §14, auszubilden.

Bei der Querwandsbauweise sind als Bewehrung 2 Ø 10 vorzusehen.

Bei der Längswandsbauweise sind über den aussteifenden Querwänden 2 Ø 10 einzulegen. In Längsrichtung sind die Ringanker bei Abständen der aussteifenden Querwände bis 5 m mit 2 Ø 10 und bei größeren Abständen mit 2 Ø 12 zu bewehren. Die Ringanker in den Außenwänden müssen in Abständen von höchstens 3 m in die Decken eingebunden werden.

2.3 Decken

Das Gewicht der Decken-, Treppen- und sonstigen Fertigteile ist der Tragfähigkeit der Hebezeuge anzupassen. Als Decken sind nach Möglichkeit flächige Bauelemente zu verwenden. Balkendecken sind zu vermeiden.

Bei flächigen Deckenelementen muß das Nennmaß für die Auflagertiefe mindestens 7 cm sein. Untertoleranzen in der Länge der Deckenteile sind bis zu 1 cm zulässig. Unter dieser Voraussetzung ist bei Einhaltung der Mindestwanddicke von 19 cm keine zusätzliche Bewehrung in den Längsfugen zwischen den Deckenfertigteilen zur Verbindung der Deckenfelder über den Wänden erforderlich.

2.4 Schornsteine

Für Schornsteine sind Schornsteinformstücke entsprechend

DIN 18150, Ausgabe Januar 1958

„Hausschornsteine und Formstücke aus Leichtbeton mit Querschnitten bis zu 700 cm²“

oder TGL Entwurf Dezember 1955

„Formstücke für Hausschornsteine“

zu verwenden.

Die Schornsteinformstücke müssen unabhängig von der Gebäudekonstruktion Temperaturdehnungen folgen können und dürfen nicht mit Decken belastet werden.

2.5 Aussteifung

Bei der Querwandsbauweise sind im Wohnungsbau keine zusätzlichen Wandaussteifungen notwendig.

Bei der Längswandsbauweise sind für jede Außenlängswand aussteifende Querwände von mindestens 19 cm Dicke im Abstand von höchstens 10 m anzurufen. Diese aussteifenden Querwände sollen möglichst durch die ganze Gebäudetiefe durchgehen und müssen auf mindestens $\frac{1}{3}$ der Gebäudetiefe ohne Knicke und Öffnungen bleiben.

Sofern diese Festlegungen nicht eingehalten werden können oder die zur Aussteifung dienenden Wandscheiben durch Abfangungen unterbrochen werden, ist die Aussteifung des Bauwerkes statisch besonders nachzuweisen.

2.6 Lastverteilung

Bei örtlich höher beanspruchten Wandstreifen in Blockbreite (Wandteile neben Öffnungen) ist eine Lastverteilung unterhalb des zweiten Vollgeschosses von oben auf die unmittelbar anschließenden Nachbarblöcke zulässig. Ohne Berücksichtigung der Lastverteilung darf die zulässige Spannung im höher beanspruchten Wandstreifen höchstens um 50% überschritten werden.

3. Fertigung

3.1 Baustoffe

Bei der Auswahl der Baustoffe sind in erster Linie die örtlich vorhandenen zu berücksichtigen. Für Außenwände aus Betonblöcken kommen über dem Keller Leichtbetone, wie Ziegelsplitt-, Schläcken-, Bims-, Gas- und Schaumbetone in Frage. Bedingung ist, daß sie die notwendigen Festigkeiten und die für den Verwendungszweck erforderlichen bauphysikalischen Eigenschaften besitzen. Leichtbetone mit guten, wärmedämmenden Eigenschaften sollen nur an den Stellen eingebaut werden, wo sie aus wärmetechnischen Gründen erforderlich sind. Bei Kellerwänden und möglichst auch bei Innenwänden der Geschosse sind sie deshalb zu vermeiden.

3.2 Herstellung

3.21 Arbeitsfugen

Bei der Herstellung von Betonblöcken ist darauf zu achten, daß im Block keine durchgehenden Arbeitsfugen entstehen, die parallel oder schräg zur stärkeren Kraftrichtung verlaufen. Beim Handstampfverfahren dürfen Blöcke nur stehend hergestellt werden, damit etwaige Arbeitsfugen senkrecht zur Kraftrichtung bei der späteren Belastung stehen.

3.22 Schnellerhärting

Schnellerhärting von Betonblöcken kann u.a. durch Behandlung mit Niederdruck-Naßdampf, Heißluft oder Zusatz von Chemikalien erreicht werden.

Bei der Anwendung von Schnellerhärtingerverfahren empfiehlt sich zur Vermeidung von Fehlenschüssen eine vorherige Rorating durch das Institut für Baustoffe in Weimar.

3.23 Nachbehandlung

Bei Herstellung in offenen Betonwerken ist darauf zu achten, daß bei Lufttemperaturen über 15°C die Blöcke in den ersten 3 Tagen gut feucht gehalten werden.

Bei winterlichen Temperaturen und Warmbehandlung der Blöcke ist durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Blöcke bei Zwischenlagerung im Freien keine Schädigungen durch plötzlichen Temperaturübergang erleiden.

3.24 Spaltklinker-Verkleidung

Ist für Großblöcke eine Spaltklinkerverkleidung vorgesehen, so kann diese gleich bei der Herstellung mit angebracht werden. Ein späteres Abplatzen der Spaltklinker ist bei sachgemäßer Ausführung nicht zu erwarten.

3.25 Toleranzen

Die Blöcke sind maßgenau und winkelrecht herzustellen. Soweit in den Entwurfsunterlagen nichts anderes festgelegt ist, beträgt die zulässige Toleranz für Längen und Höhen + 5 und - 10 mm, für die Dicke ± 3 mm.

3.3 Lagerung

Die Lagerzeit von Betonblöcken vor der Montage soll mit Rücksicht auf die Schwinderscheinungen 30 Tage nicht unterschreiten. Ziegelblöcke müssen so lange lagern, daß der Transport nicht zu Rißbildungen oder sonstigen Schäden führt.

Die Blöcke sind so zu lagern, daß sie keine Feuchtigkeit vom Erdboden aufnehmen können und daß sie allseitig von der Luft umstrichen werden. Die untere Lagerfläche muß vor Verschmutzung geschützt sein.

Die Stapelung der Blöcke auf dem Zwischenlager hat übersichtlich, getrennt nach Typen zu erfolgen.

3.4 Kennzeichnung

Um eine einwandfreie Montage nach dem Montageablaufplan zu gewährleisten, sind die Blöcke mit Positions-Nummern zu versehen. Hierbei hat sich die Verwendung von Schablonen und Latex-Farbe gut bewährt. Der Schwerpunkt des Blockes ist zu kennzeichnen, um bei der Montage mit der Zange die richtige Aufhängung zu ermöglichen.

4. Bauausführung

4.1 Krane

Zum Versetzen der Großblöcke dürfen nur Krane verwendet werden, bei denen die Dreh- und Hubgeschwindigkeit geregelt werden kann. Geeignet für Krane sind bei Wechselstrom Schleifringläufer und für Gleichstrom Hauptschlußmotoren. Krane müssen im übrigen den „Technischen Grundsätzen für den Bau, den Betrieb und die Prüfung von Hebezeugen und Anschlagmitteln“ entsprechen. Die Arbeitsschutzzanordnung 908 ist einzuhalten. (Der Sonderdruck Nr. 39/1954 des VFB Deutscher Zentralverlag, Berlin, enthält beide Vorschriften.)

4.2 Zangen

Als Anschlagmittel ist vorzugsweise eine den Block an den Längsseiten fassende Zange anzuwenden, deren Reibungsdruk so groß ist, daß der Block nicht herausrutschen kann. Die Zange darf sich beim Aufsetzen des Blockes nicht selbsttätig öffnen.

4.3 Transport

Die Blöcke werden zweckmäßigerweise stehend, also in der Lage, in der sie in die Wand eingebaut werden, auf dem Transport-Fahrzeug befördert mit einem Abstand untereinander, der sich nach der Zange richtet.

Die Blöcke müssen auf dem Fahrzeug feststehen und gegen Umkippen gesichert sein.

4.4 Lagerung

Reserve- und Spezialblöcke sind auf der Baustelle seitlich im Bereich des Hebezeuges zu stapeln. Die übrigen Blöcke sollen unmittelbar vom Fahrzeug montiert werden. (Punkt 3.3 ist zu beachten.)

4.5 Montage

4.51 Anheben der Blöcke

Beim Versetzen mit Zangen sind die Blöcke so zu fassen, daß sie waagerecht hängen.

4.52 Versetzen der Blöcke

Vor Beginn der Montage müssen entsprechend den Montageplänen die Stöße der Blöcke auf der Decke zwecks Einhaltung der Endmaße aufgezeichnet werden. Das fluchtgerechte Versetzen der Blöcke ist durch eine Richtschnur zu sichern.

Die lotrechte Lage der Blöcke ist zu kontrollieren. Weicht der Block aus der lotrechten Lage ab, so ist er wieder abzuheben und die Morteifuge so auszugleichen, daß beim Wiederabsetzen die lotrechte Lage erreicht wird. Es ist verboten, diesen Ausgleich durch Unterkeilen oder Anheben in sonstiger Form (z. B. Unterfüttern mit kleinen Steinen oder Bewegung mit einer Brechstange) herbeizuführen.

Die Lagerfugen sind unmittelbar nach dem Versetzen mit einem Fugenseisen auszudrücken. Die Verwendung von Keilen ist nur dann zulässig, wenn der Mörtel erst nach dem Absetzen und Ausrichten der Blöcke in die Lagerfugen eingepreßt wird. Zur Vermeidung von Spannungsspitzen unter den Keilen empfiehlt es sich, diese nach genügender Erhärtung des Mörtels wieder zu ziehen.

Es ist besonders darauf zu achten, daß Schrägzug des Kranes vermieden wird und die Blöcke nur senkrecht gehoben und abgesetzt werden. Sie müssen so lange mit dem Kran gehalten werden, bis sie sicher stehen und lot- und fluchtrecht versetzt sind.

Da die einwandfreie Ausführung der Lagerfugen von entscheidender Bedeutung für die Standfestigkeit des gesamten Baues ist, muß das Großblockmauerwerk geschloßweise vor Verlegen der nächsten Decke von der Bauaufsicht abgenommen werden.

Werden mangelhafte Lagerfugen angetroffen, so sind die Großblöcke in dem betreffenden Bereich zu demontieren und neu zu versetzen.

4.53 Standsicherheit der Blöcke

Die Standsicherheit der Blöcke während der Montage ist nachzuweisen. Bei einem Winddruck von 30 kg/cm² muß noch eine mindestens 1,3fache Kippssicherheit gewährleistet sein. Bei Versetzen der Blöcke im Mörtelbett ist die Kippkante in 1,5 cm Abstand von der Außenkante des Blockes anzusetzen. Ist die Kippssicherheit nicht gewährleistet, sind besondere Sicherungsmaßnahmen für den Montagezustand erforderlich, die vom Projektanten an den Montageplänen zu vermerken sind. Ab Windstärke 6 sind die Montagearbeiten zu unterbrechen. Der Aufenthalt im Gefahrenbereich neben und unter frisch versetzten Blöcken ist untersagt.

4.54 Reihenfolge des Versetzens

Die Blöcke sind in fortlaufender Reihenfolge schichtweise zu versetzen. Das Einfädeln von Blöcken zwischen bereits stehenden Wandteilen ist zu vermeiden. Soweit das Einfädeln unerlässlich ist, z. B. bei Türgewänden oder bei Schlußblöcken, ist die Maßhaltigkeit vor dem Versetzen nachzuprüfen. Die Fugen im anschließenden Großblockmauerwerk müssen vermörtelt und so weit erhärtet sein, daß bereits ein Zusammenhang in der Wand sichergestellt ist. In den Fällen, in denen die Blöcke trocken auf Kelle abgesetzt und die Lagerfugen nachträglich ausgepreßt werden, muß auch während der Lagerung auf den Keilen die vorgeschriebene Sicherheit gegen Umkippen vorhanden sein. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherungsmaßnahmen im Benehmen mit den zuständigen Sicherheits-Inspektion vorzusehen.

Beim Aufsetzen neuer Schichten muß der Mörtel der darunterliegenden Schicht aus-

reichend erhärtet sein. Hierauf ist besonders während der kalten Jahreszeit, die eine Verzögerung des Abbindens bringt, zu achten.

10. Direktive für die Instandsetzung von Altwohnungen im Jahre 1957.

Zur weiteren Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und zur Erhaltung der Bausubstanz verwalteter und privater Wohnbauten werden im Jahre 1957 Baustoffe und Kredite in erhöhtem Maße bereitgestellt.

Diese Instandsetzungen und Reparaturen (unter 20 TDM Gesamtkosten) sind im Rahmen der den Räten der Bezirke gegebenen Richtzahlen für Instandsetzungen und Reparaturen an Altwohnungen durchzuführen.

Für die Feststellung derjenigen Altwohnungen, die im Jahre 1957 instandgesetzt werden sollen, sind die Abteilungen Aufbau verantwortlich. Es ist folgender Verfahrensweg zu beachten:

1. Die bereits vorliegenden Anträge auf Instandsetzung von Altwohnungen sind gemäß Ziffer 4 dieser Direktive zu überprüfen und gegebenenfalls in diese Aktion einzubeziehen.
2. Neue Anträge sind formlos durch die Gebäudeeigentümer über die Bürgermeister der Städte und Gemeinden an die Räte der Kreise (Städte), Abt. Aufbau, einzureichen.
3. Die Anträge müssen enthalten:
 - a) Kurze Angaben über Lage und Grundbuchezeichnung des Grundstückes,
 - b) kurze Angaben über die Größe des Objektes, die Zahl der in ihm enthaltenen Wohnungen, das Baujahr und die Bauweise,
 - c) kurze Angabe über die Ursache der Schäden (z. B. Hausschwammbefall, Schornsteinversetzung, Kriegseinwirkungen usw.),
 - d) Anzahl und Größe der reparaturbedürftigen Wohnungen bzw. Gebäudeteile (Dach, Außenputz usw.),
 - e) Angaben über die benötigten Reparaturbaustoffe und den Arbeitskräftebedarf,
 - f) Angaben über verfügbare Eigenmittel bzw. Eigenleistungen des Gebäudeeigentümers bzw. über die Höhe der benötigten Kredite.

Die Angaben zu d-f müssen glaubhaft nachgewiesen werden.
4. Die Abteilungen Aufbau (Staatliche Bauaufsicht) der Räte der Kreise (Städte) prüfen die eingegangenen Anträge nach folgenden Gesichtspunkten:
 - a) Sichert die beantragte Instandsetzung unter Berücksichtigung des geforderten Baustoff-, Arbeitskräfte- und Kreditbedarfs einen angemessenen volkswirtschaftlichen Nutzen?
 - b) Sichert die beantragte Instandsetzung, daß die instandgesetzten Wohnungen den Prinzipien des forschrittl. Wohnungsbaues, den bauaufsichtlichen Forderungen und den Vorschriften der Hygiene und des Brandschutzes entsprechen?
 - c) Ist bei der beantragten Instandsetzung der sparsamste Verbrauch von Baustoffen berücksichtigt worden?
5. Die Abteilung Aufbau ist verpflichtet, noch vor Erteilung der Genehmigung von Instandsetzungsarbeiten mit der Abteilung Materialversorgung die Fragen der Materialbereitstellung zu klären.
6. Die Abteilung Aufbau der Räte der Kreise (Städte) hat den Antragstellern mitzutellen, ob die Anträge auf Grund der vorgenommenen Überprüfung bewilligt sind, wobei die Bewilligung bei geringfügig-

gen Instandsetzungsarbeiten, die keine zeichnerischen Unterlagen erfordern, zugleich als bauaufsichtliche Zustimmungserklärung bzw. Genehmigung anzusehen ist. Die Verpflichtung der Abteilung Aufbau, im Bedarfsfall bauaufsichtliche Abnahmen durchzuführen, wird hierdurch nicht berührt.

Der Beginn und der Abschluß der Instandsetzungsarbeiten ist vom Antragsteller der Abteilung Aufbau des Kreises (Stadt) mitzuteilen.

Für die Instandsetzung von Altwohnungen werden den Räten der Bezirke Kennziffern bzw. Kontingente gegeben. Der Holzverbrauch ist dabei auf das Mindestmaß zu beschränken, wobei Austauschstoffe, soweit vorhanden, zu verwenden sind. In allen Fällen sind jedoch örtliche und innere Reserven auszunutzen.

Die gegebenen Richtzahlen für die Instandsetzungen bzw. Reparaturen an Altwohnungen können erforderlichenfalls noch zu Lasten der Richtzahlen für „lizenzierte Maßnahmen unter 20 TDM“ für alle Wirtschaftszweige des Lizenzplanes erhöht werden.

Auf jeden Fall ist aber die gegebene Richtzahl für „Reparaturen an Altwohnungen“ für den dazu bestimmten Zweck voll auszuschöpfen.

Die Plankommission der Räte der Bezirke kontrolliert zusammen mit der Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke die Verwendung der Baustoffe und Kredite im Sinne dieser Direktive.

Die Räte der Bezirke und Kreise (Städte) sind verpflichtet, alle bauausführenden Betriebe sämtlicher Eigentumsformen davon zu unterrichten.

11. Hinweise für die Kostenplanung.

1. Kostenplanung für vorbereitende Maßnahmen bei wasserwirtschaftlichen Bauvorhaben.

Bei Bauvorhaben der Wasserwirtschaft können auch, ohne daß eine akute Hochwassergefahr vorhanden ist, dadurch volkswirtschaftlich große Schäden eintreten, daß zeitweilig der Pegelstand steigt. Es ist deshalb im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank nichts dagegen einzubwenden, wenn bei derartigen Bauvorhaben von Fall zu Fall im Kostenplan vorbereitende Maßnahmen, z. B. teilweise Umsetzung von Baumaschinen, Baugeräten, Anfuhr von Sandsäcken zur Verhütung von größeren Schäden, die durch Arbeiten an Dämmen usw. bedingt sind, zum Nachweis aufgenommen werden.

Bei Vertragsabschluß dürfen solche Nachweispositionen nicht pauschal gebunden werden.

Demgegenüber werden Hochwasserschäden grundsätzlich nicht aus Investitionsmitteln getragen. Bei Hochwasserkatastrophen wird durch eine Sonderanordnung des Ministeriums der Finanzen jeweils geklärt, wie die Beseitigung der entstandenen Schäden finanziell abzudecken ist.

2. Kosten der Baustellenberäumung, Richtwerte für Bauschutt Mengen.

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 21/56 B I 108 Ziff. 2.

Im Nachgang zur Bezugsverfügung ergaben sich Rückfragen, welche Werte für den Mengeneinsatz des Bauschutt in die Kostenplanung aufgenommen werden können. Mit der HA Bauindustrie des Ministeriums für Aufbau und der Deutschen Investitionsbank — Zentrale — Berlin, wurde dazu folgendes festgelegt:

Als Richtwert bei der Kostenplanung können 0,032 cbm Bauschutt je qm Grundfläche und Geschoß angenommen werden. Die Planung dieser

Kosten hat entsprechend dem in der Bezugsmittelung gegebenen Hinweis zu erfolgen.

3. Feinreinigung fertiggestellter Bauvorhaben.

Im Einvernehmen mit der HA Bauindustrie und der Deutschen Investitionsbank — Zentrale — Berlin werden als Richtpreis für die Kosten der Feinreinigung ,25 DM je qm Nutzfläche und Geschoß festgesetzt. Diese Kosten sind im Kostenplan Formblatt 0725 zu planen.

Der Richtpreis beinhaltet die Feinreinigung der Fenster, Türen, Fußböden usw.

4. Anwendung der Preise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr — Ergänzung zur Preisordnung Nr. 352 vom 17. 9. 1954 (GBl. S. 803) Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 20/56 B I 102 Buchst. b.

Nach Außerkrafttreten des Rundschreibens L 56/1954 vom 9. 11. 1954 entstandenen Unklarheiten bei den Projektierungsbüros darüber, welche Kosten für die Abgeltung von Nebenleistungen gemäß § 7 der Ergänzung zur Preisverordnung Nr. 352 bei zu kalkulierenden Transporten anzuwenden sind, soweit sie nicht im Festpreiskatalog enthalten sind.

Im Einverständnis mit der HA Bauindustrie und der Deutschen Investitionsbank ist für alle im § 7 enthaltenen Kosten für Nebenleistungen ein Zuschlag von 25 Prozent auf die jeweiligen Preise für Fuhrleistungen anzunehmen. Mit diesem Zuschlag erübrigt sich eine genaue Ermittlung der einzelnen Kosten gemäß § 7 a. a. O. Eine Erhöhung des Zuschlagsatzes darf in keinem Fall erfolgen.

12. Anzahl von Projektmappen für Vorhaben des Energieprogramms sowie der Braunkohle.

Auf Grund von § 1, Abs. 2 der Anordnung vom 11. Juli 1956 zur Beschränkung von Anzahl und Inhalt der Projektmappen (GBl. II S. 253) werden die bautechnischen Entwurfsbüros ermächtigt, bei Bauvorhaben des Energiebauprogramms und bei Bauvorhaben im Bereich der Braunkohle insgesamt 8 Projektmappen und, soweit es sich um die Projektierung der Kokereien des Vorhabens „Schwarze Pumpe“ handelt, 9 Projektmappen auszuliefern. In dieser Anzahl ist das für die Staatliche Bauaufsicht bestimmte Exemplar einzubeziehen (vergl. Erste Durchführungsbestimmung vom 17. Februar 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht, GBl. I S. 171, Teil B, Ziff. 1).

Die über die in § 4, Abs 3, der Preisverordnung Nr. 412 (GBl. I 1955 S. 265) hinausgehende Zahl von Ausfertigungen ist besonders zu berechnen.

II. Baustoffindustrie

6. Lieferung von Schwerspat.

Bei der Herstellung von Schwerbeton bei Fundamentierungsarbeiten, Brückenbauten sowie Gegengewichten wird auf die Verwendung von Schwerspat mit dem spezifischen Gewicht 4 hingewiesen.

Der Herstellerbetrieb bringt einen Belastungsspat auf den Markt. Beim Zusatz von Schwerspat bei der Herstellung von Gegengewichten kann die Abmessung durch das hohe spezifische Gewicht wesentlich geringer gehalten werden.

Anfragen über die Verwendungs- und Lieferungsmöglichkeiten sind direkt an den Lieferbetrieb „VEB Eisenmanganerzbergwerke Schmalkalden“ zu richten.

III. Bauindustrie

3. Fachkontenrahmen der volkseigenen Bauindustrie 1957.

In der volkseigenen Bauindustrie hat für 1957 der in den „Brancherichtlinien für die Buchführung der volkseigenen Bauindustrie“ veröffentlichte Fachkontenrahmen 1956 **einschließlich** der über das Institut für Bauindustrie Leipzig direkt an die Betriebe verteilten **Änderungen für das Jahr 1957** Gültigkeit.

Die zu den Änderungen gegebenen **Erläuterungen** korrigieren in den entsprechenden Punkten die Bestimmungen der Brancherichtlinien.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, daß alle in den Änderungen zum Fachkontenrahmen 1956 genannten Konten auch hinsichtlich der Untergliederung **verbindlichen** Charakter haben. Um auch das 1957 in der Klasse 3 erscheinende Konto 339 „Nacharbeiten“ in die Systematik des Kontenrahmens richtig einreihen zu können, ist die Gruppe 33 wie folgt zu fassen:

verbindlich:

33 Verbrauch fremder und eigener Leistungen
330 dto (ohne Nacharbeiten)

unverbindlich:

3301 Transportleistungen für Güter und Material
3306 Verrechnete Tilgung von Investitions-Krediten
3307 Sonstiger Verbrauch fremder und eigener Leistungen
3308 NAN und NWK der NAN

339 Nacharbeiten

Ferner sind die bisherigen unverbindlichen Konten 320, 321, 322 ab 1957 mit der Kontennummerierung 3200, 3201 und 3202 zu versehen.

4. Finanzberichterstattung.

1. Sofern die volkseigenen Baubetriebe im laufenden Jahr Rechnungen oder Rechnungsberichtigungen (Erhöhungen) über ausgeführte Leistungen des Vorjahrs ausstellen, sind diese Rechnungen mit dem Vermerk zu versehen: „Rechnung über im Vorjahr ausgeführte Leistungen.“

2. Die Konten

7371 — Rechnungskürzungen und
7871 — Rechnungserhöhungen

sind im einzelnen zu erläutern, und zwar in einer Anlage zur Finanzmeldung jeweils zum Quartalsletzten und in einer zusammengefaßten Erläuterung zum Kontrollbericht per Jahresschluß.

3. Beträge aus Rechnungskürzungen von im Vorjahr abgerechneten und aus Investitionsmitteln bezahlten Leistungen (Rechnungskürzungen, die nach

dem 31. Januar des laufenden Jahres von den volkseigenen Baubetrieben vorgenommen werden), sind an die zuständige Filiale der Deutschen Investitionsbank zu überweisen.

4. Im Jahresgeschäftsbericht sind von der Leitung der Betriebe verbindliche Erklärungen darüber abzugeben, daß Investitionsmittel aus vergangenen Zeiträumen mit denen des Planjahres nicht verrechnet wurden.

5. Preisanordnung Nr. 400 vom 10. Februar 1955 (GBl. I — S. 143 Nr. 15).

Entsprechend den z. Z. geltenden Bestimmungen für die Vermietung von Baumaschinen und Baugeräten dürfen seitens des privaten Sektors die Preise des Jahres 1944 und innerhalb des volkseigenen Sektors nur die Selbstkosten berechnet werden.

Der private Vermieter von Baugeräten darf seine Preise weiterhin nach dem Erlass IV C — 240 — 2000/44 [abgedruckt in der Loseblattsammlung „Baurecht“ S. V, 65] in Verbindung mit der Geräteliste für die Bauwirtschaft 1944 bilden. Gemäß § 10 der Preisanordnung Nr. 400 ist die Weiterberechnung dieser Mietssätze von volkseigenen und privaten Mietern bei der Berechnung von Bauleistungen verboten. Sie dürfen ihrer Preisbildung nur die Nutzungsentgelte nach der Baumaschinenliste zugrunde legen.

Mit der Abteilung Staatliches Eigentum des Ministeriums des Innern (jetzt HA Staatliches Eigentum des Ministeriums der Finanzen) ist vereinbart, daß bei vorübergehender Überlassung von Baumaschinen und Geräten zwischen dem volkseigenen überlassenden Betrieb und dem volkseigenen nutzenden Betrieb ein Vertrag abzuschließen ist. Die Höhe der Entgelte wird bestimmt durch die in der Baumaschinenliste festgelegten ungetaktten monatlichen Nutzungsentgelte und die Überlassungszeit.

Nähere Bestimmungen über das Nutzungsentgelt und die Überlassungszeit sind der Preisanordnung Nr. 400 vom 10. Februar 1955 — Anordnung über die Berechnung von Entgelten für Baumaschinen und Baugeräte bei der Durchführung von Bauleistungen durch die volkseigene Bauindustrie (GBl. I — S. 143) zu entnehmen.

6. Versorgung der Baubetriebe im Jahre 1957 durch langfristige Warenbereitstellungen.

Die HA Absatz des Ministeriums für Aufbau hat sich zur Aufgabe gestellt, im Jahre 1957 zu langfristigen Warenbereitstellungen überzugehen. Die Baubetriebe sollen in die Lage versetzt sein, schon im Laufe des I. Quartals Kenntnis über die gesamte Menge an Baustoffen für das II., III. und IV. Quartal zu erhalten.

Um dabei auch die quartalsweise Aufteilung vornehmen zu können, damit rechtzeitig die Quartalsverträge mit den Lieferwerken geschlossen werden können, ist es unumgänglich, der DHZ Baustoffe über die Räte der Bezirke die Verteilung für das gesamte Jahr, unterteilt nach Quartalen, bis zum 5. Februar 1957 aufzugeben.

gez.: Winkler
Minister

EINE AKTUELLE BROSCHÜRE!

... UND ÄGYPTEN?

Eine Dokumentation

Herausgegeben von der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen und
vom Deutschen Friedensrat

Format DIN A 5 · 80 Seiten · Broschiert 1,40 DM

Mit dieser Broschüre unterrichtet die Deutsche Liga für die Vereinten Nationen und der Deutsche Friedensrat die Öffentlichkeit über die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen in und um Ägypten zugetragen haben. Sie enthält eine Dokumentation, die sich auf die Zeit von dem Tage der Verstaatlichung des Suez-Kanals bis zum Tage der tatsächlichen Feuerstellung in Ägypten erstreckt. Das dokumentarische Material beweist, daß sich Ägypten bei der Verstaatlichung des Suez-Kanals in voller Übereinstimmung mit dem Beschuß der 41. Plenartagung der UN-Vollversammlung vom 31. Dezember 1952 befand. Es zeigt ferner, auf welcher Seite die Prinzipien der Vereinten Nationen gewahrt werden und wer sich über sie hinwegsetzt.

WICHTIGE NEUERSCHEINUNGEN

Gesetze finden — leicht gemacht

Ergänzungsband

Format DIN A 5 · 532 Seiten · Halbkunstleder 16,80 DM
(Das Grundwerk ist zum Preise von 12,20 DM noch erhältlich)

SCHRIFTENREIHE ARBEIT UND SOZIALE FÜRSCHE, HEFT 17

Qualifizierung der Mitarbeiter der Abteilung Arbeit

Plan und Dispositionen für einen Lehrgang sowie methodische Hinweise

Von Prof. Dr. Hans Thalmann

Format DIN A 5 · 104 Seiten · Broschiert 2,80 DM

SCHRIFTENREIHE ARBEITSRECHT, HEFT 2

**Das Recht auf Schutz der Arbeit in der
Deutschen Demokratischen Republik**

Von Erhard Pätzold

Format 16×24 cm · 112 Seiten · Broschiert 4,- DM

POPULARWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE, HEFT 3

**Der strafrechtliche Schutz der Persönlichkeit in der
Deutschen Demokratischen Republik**

Von L. Frenzel und H. Weber

Format DIN A 5 · 156 Seiten · Broschiert 4,95 DM

SCHRIFTENREIHE ZUM ABGABENRECHT, HEFT 19

Die Besteuerung der freischaffenden Intelligenz

Format DIN A 5 · 144 Seiten · Broschiert 4,30 DM

Entscheidungen in Arbeitsstreitigkeiten

Band I

Zusammengestellt und bearbeitet von Walter Schulz

Format DIN A 5 · 252 Seiten · Halbleinen 5,20 DM

Das Vertragswesen der privaten Wirtschaft

Für die Praxis erläutert

Von Dr. jur. Karl Geisenheyner

Format DIN A 5 · 240 Seiten · Broschiert 5,10 DM

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig,
Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben

WZ

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

1957

Berlin, den 1. Februar 1957

Nr. 3

INHALTSVERZEICHNIS

A. Allgemeiner Teil

11. Anordnung vom 25. 10. 1956 über die Finanzierung und Abrechnung der Kosten der Berufsausbildung der Lehrlinge in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. I Nr. 96 S. 1149) 1

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

13. Entwurfsnormen für Industriebauten 1
 14. Haftung für Schäden aus Fundamentenkungen — Bedeutung des Baugrundgutachtens — Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (5) 2

Seite		Seite
15.	Berechnung der Projektierungsgebühren und Abrechnung des Baustellenbereiches	3
16.	Finanzierung der Abrißkosten baufälliger volkseigener und privater Gebäude	3
II. Baustoffindustrie		
III. Bauindustrie		
7.	Bauseitig gewonnenes Material	3
8.	Katalog der koordinierten Arbeitsnormen der volkseigenen Bauindustrie — Ausgabe 1956	3
9.	Mitteilung über die Drucklegung weiterer „Technologischer Karten“	3

A. Allgemeiner Teil

11. Anordnung vom 25. 10. 1956 über die Finanzierung und Abrechnung der Kosten der Berufsausbildung der Lehrlinge in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. I Nr. 96 S. 1149).

Die Betriebe planen die Einrichtungen der Berufsausbildung der Lehrlinge als eine der sonstigen produktionsbedingten Abteilungen und rechnen auch dementsprechend ab. Daraus ergibt sich, daß die Buchungen über die Konten der Klassen 3, 4 und 7 für die Kosten und über die Konten der Klassen 4 und 7 für die produktiven Lehrlingsleistungen vorzunehmen sind. Der Saldo zwischen den Konten 7009 und 7509 (Kosten und Erlöse für Berufsausbildung) ist als Forderung bzw. Verbindlichkeit gegenüber dem Staatshaushalt zu buchen (Konto 2605 bzw. 9805).

Es ist zu beachten, daß alle Lehrlingsentgelte zu planen und abzurechnen sind, also auch die Entgelte für kaufmännische Lehrlinge. Bei den kaufmännischen Lehrlingen wird es in der Regel so sein, daß die produktive Leistung gleich hoch ist wie das gezahlte Lehrlingsentgelt.

Die Anlage 1 zur Anordnung vom 25. Oktober 1956 (GBl. I Nr. 96 S. 1149) ist lt. Hinweisen des Ministeriums der Finanzen zu berichtigen, und zwar sind die Positionen 14 bis 17 sowie die zwei folgenden Positionen zu streichen.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß im Kapitel 540/1 — praktische Berufsausbildung — in der Anlage 1 „Lehrwerkstatt“ zu planen und abzurechnen sind:

- a) alle Lehrlingsentgelte der kaufmännischen und gewerblichen Lehrlinge;
- b) die zentrale Leitung der Berufsausbildung (Direktor für Berufsausbildung, dessen Stellvertreter, Sekretariat und Verwaltungskräfte).

Bei dieser Festlegung wurde vom Ministerium der Finanzen davon ausgegangen, daß die praktische Berufs-

ausbildung den größten Teil der Funktionen des Leitungspersonals in Anspruch nimmt. Ist das nicht der Fall, sind die Kosten der Leitung mit Hilfe eines einfachen Schlüssels aufzuteilen.

Im Kapitel 540/3 sind zu planen und abzurechnen: Instrukteure für Sport, Erzieher, Wirtschaftspersonal Nr. u. ä.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Altersversorgung für die technische Intelligenz im Kapitel 540/1 zu planen und abzurechnen ist. Für die Lehrer und Erzieher ist die Altersversorgung nicht im Plan aufzunehmen. Die Verrechnung erfolgt direkt mit den Versicherungsanstalten.

Es wird betont, wie die Anordnung im § 3, Absatz 4, besagt, daß Grundmaterial auf keinen Fall im Kapitel 540/1 zu planen und abzurechnen ist. Lediglich Hilfsmaterial darf hier eingeplant und abgerechnet werden, soweit es in die indirekten Grundkosten und in die Abteilungsgemeinkosten eingeht und durch die Gutsschrift für produktive Lehrlingsleistungen (Zuschlag auf Basis Facharbeiterlohn) wieder verrechnet wird.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

13. Entwurfsnormen für Industriebauten.

Die in der Anlage aufgeführten vorläufigen Entwurfsnormen werden hiermit für verbindlich erklärt.

Diese Entwurfsnormen sind auf der Grundlage von Arbeiten aller volkseigenen Entwurfsbüros vom Institut für Typung erarbeitet worden und werden von dort aus als Loseblattsammlung herausgegeben.

Sie stellen Erfahrungswerte aus bereits erarbeiteten Entwürfen dar und sind ständig durch neue oder verbesserte Normenblätter zu ergänzen.

Die Entwurfsnormen sind für die Entwurfsbüros der Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lösung der Projektierungsaufgabe. Die in ihnen enthaltenen

Normenwerte der Dimensionen, der Kosten und der Hauptbaustoffe dürfen nicht überschritten werden.

In Ausnahmefällen hat die Normengruppe die Begründung der Überschreitung zu prüfen und über deren Zulässigkeit zu entscheiden. Die Entscheidung der Normengruppe ist dem Institut für Typung in Ergänzung des Baukarteiblattes umgehend mitzuteilen.

Die Normengruppen der Entwurfsbüros haben die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Brigaden ständig an der Weiterentwicklung und Verbesserung der Normen mitzuwirken.

Das Institut für Typung hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Zusammenfassung, Verbesserung und der ständigen Veröffentlichung der Entwurfsnormen.

Anlage

Vorläufige Entwurfsnormen:

Kesselhäuser

EN J 1-1-1-a	ND-Heizanlg. 3—5 Mio kcal/h
1-1-1-b	Stb-Binder
1-2-1-a	Stf-Binder
1-2-2-a	HD-Heizanlg. 1—4 Mio kcal/h
1-2-3-a	HD-Heizanlg. 4—5 Mio kcal/h
1-3-1-a	HD-Heizanlg. 5—9 Mio kcal/h
1-3-2-a	HD-Erzeug. Anl. 4—7 t/h
1-3-3-a	HD-Erzeug. Anl. 12—25 t/h
1-3-4-a	HD-Erzeug. Anl. ca. 30 t/h
1-3-5-a	HD-Erzeug. Anl. ca. 50—65 t/h
	HD-Erzeug. Anl. ca. 160 t/h

Heizkanäle

EN J 2-1-1-a	Stb-Fertigteile
2-1-3-a	h 60 u. 80 cm 0,5 t/m ² Vlast
2-2-1-a	h 60 u. 80 cm 30 t/m ² Vlast
2-2-2-a	h 120 u. 140 cm 0,5 t/m ² Vlast
2-2-3-a	h 120 u. 140 cm 30 t/m ² Vlast
2-3-1-a	h 120 u. 140 cm 45/60 t/m ² Vlast
2-3-2-a	h 200 cm 0,5 t/m ² Vlast
2-3-3-a	h 200 cm 30 t/m ² Vlast
	h 200 cm 45/60 t/m ² Vlast

Kleinkläranlagen

(f. häusl. Abwässer)

EN J 3-1-1-a	Zieg./Stb. 10 E (= 2 m ³)
3-2-1-a	Zieg./Stb. 10 E (= 10 m ³)
3-2-2-a	Stb./Zieg. 10 E (= 10 m ³)
3-2-2-b	Stb. 10 E (= 10 m ³)

Ziegeleitrockenschuppen

EK-Garagen

m. Ladestat. u. Werkst.

Kabelnetz-Ortsstationen

Lokschuppen

Diesel-L., ohne Rep. Fl.
Diesel-L., mit Rep. Fl.
Dampf-L., mit Rep. Fl.

Pförtnerhäuser

16—24 m² NF
25—41 m² NF
42—60 m² NF

Betriebsschutzgebäude

Unterstellschuppen

Fahr- u. Motorräder
ZB, Holz
Fahr- u. Motorräder
ZB, Stb. Fertigt.

14. Haftung für Schäden aus Fundamentensenkungen — Bedeutung des Baugrundgutachtens — Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (5), vgl. auch „Verfügungen und Mitteilungen“ Heft Nr. 24/1956 B I 127.

Das Entwurfsbüro für Industriebau J. wurde auf Ersatz von Schäden in Anspruch genommen, die durch Fundamentensenkungen und Lageveränderungen an Teilen eines von ihm projektierten Bauvorhabens entstanden waren. Der Antrag ist abgelehnt worden. Ein Teil der Begründung, der von allgemeinem Interesse ist, wird nachstehend wie folgt mitgeteilt:

„Die Forderung setzt voraus, daß der Projektant schuldhaft mangelhaft den Entwurf ausgearbeitet hat und hierdurch die Schäden entstanden sind. Es liegt aber insoweit weder ein eigenes Verschulden von Industrieentwurf noch ein fremdes Verschulden, für das der Industrieentwurf gegenüber dem Auftraggeber gem. § 278 BGB einzustehen hätte, vor.

Für die Anfertigung des Projektes nach dem Vertrag vom gelten die ABP vom 23. Juli 1952. Industrieentwurf hat bei seinen Projektierungen die geologischen Verhältnisse und die Tragfähigkeit des Bodens zu beachten. Die entsprechenden Angaben sind im geologischen Gutachten und im Baugutachten enthalten. Das geologische Gutachten wird vom Auftraggeber bestellt und ist gem. § 4 Abs. 1 ABP bereits bei Ausarbeitung des Vorentwurfs dem Projektanten zu übergeben. Die Baugrunduntersuchungen und das Gutachten hierüber sind hingegen Bestandteil des Projektes (§ 8 ABP) und daher vom Projektanten zu veranlassen.

Ein eigenes Verschulden des Projektanten in der Hinsicht, daß er ohne die geologische Beurteilung und ohne Baugrundgutachten den Entwurf ausgearbeitet oder daß man auf Grund der vorliegenden Gutachten fehlerhaft projektiert hätte, liegt nicht vor. Einmal sind die Gutachten vorhanden und beachtet worden; insbesondere sind die vorgesehenen Gründungstiefen und Bodenpressionen innegehalten worden. Der Inhalt des Baugrundgutachtens im engeren Sinne ist auch nicht schuldhaft falsch, so daß auch keine Haftung von Industrieentwurf für fremdes Verschulden gem. § 278 BGB in Frage kommt. Das Baugrundgutachten baut auf den geologischen Angaben auf und hat aus den gemachten Angaben die richtigen Schlußfolgerungen gezogen.

Die Ursache für die eingetretenen Schäden liegt darin, daß nach den geologischen Angaben ab 7 m Tiefe mit festem Baugrund gerechnet werden durfte, weil hier der Plattendolomit beginnt. Tatsächlich haben die jetzigen Erfahrungen gezeigt, daß in dieser an und für sich tragfähigen Schicht die besonderen Gefahren liegen, weil sie durch die darunter liegenden ausgelaugten Schichten stark zerklüftet ist und Spaltengänge sowie andere Hohlräume aufweist. Das wird dadurch bewiesen, daß die vorgenommenen Verpressungen überwiegend in Tiefen von 8—15 m erfolgten.

Auf Grund der bekannten Tatsache, daß das Bauobjekt in einem Erdfallgebiet liegt und auf Grund der nachträglich gemachten Feststellungen hätten im geologischen Gutachten auf die im Plattendolomit vorhandenen Gefahren hingewiesen und für die Ermittlung der Gründungstiefe Bohrungen bis in diese an und für sich tragfähige feste Schicht gefordert werden müssen. Das ist nicht geschehen.

Für diese Unterlassung kann Industrieentwurf im vorliegenden Fall aber ebenfalls nicht verantwortlich gemacht werden.“

15. Berechnung der Projektionsgebühren und Abrechnung des Baustellenbereiches.

Verschiedene Entwurfsbüros und Baubetriebe sind im unklaren, auf welcher Bezugsbasis die Gebührenberechnung bzw. die Berechnung des Baustellenbereiches zu erfolgen hat, wenn sich die Plansumme nachträglich verändert. Hierzu wird folgendes mitgeteilt:

1. Die Änderung der Kostenplansumme nach Fertigstellung des Projektes kann einen Anspruch des Auftraggebers auf Rückforderung von Gebühren nur begründen, wenn das Entwurfsbüro auf Grund einwandfrei nachzuweisenden eigenen oder von ihm zu vertretenden Verschuldens zu einer überhöhten, der Gebührenberechnung zugrunde gelegten Kostenplansumme gelangt ist. Nachträgliche Maßnahmen des Auftraggebers führen nicht zu einer Senkung der einmal fällig gewordenen Projektionsgebühr. Erhöht sich die Planbausumme nachträglich unter Mitwirkung des Entwurfsbüros, so sind dessen Nachtragsleistungen, sofern sie nicht nach Sachlage als Gegenstand eines selbständigen neuen und daher besonders abzurechnenden Auftrags anzusehen sind, als Differenz unter Zugrundelegung der alten und der neuen Bausumme zu berechnen.
2. Der Baubetrieb rechnet seinen Baustellenbereich nach der Abrechnungssumme ab, unabhängig von der Höhe der Baukosten im Kostenplan des Projektionsbüros. Erhöhen sich die Baukosten gegenüber der Kostenplanbausumme berechtigterweise, so darf der Baubetrieb zur Berechnung des Baustellenbereiches die erhöhten Baukosten zugrunde legen. Ermäßigt sich die Kostenplanbausumme gegenüber dem Kostenplan des Projektionsbüros aus Gründen, die der Baubetrieb nicht zu vertreten hat, so wird der Baustellenbereich nach den neuen niedrigeren Bausumme berechnet. Die entstandenen Mehrkosten, verursacht im Baustellenbereich durch Ermäßigung der Bauplansumme, sind gesondert auszuweisen und außerhalb der Baustellenbereichskosten zu berechnen.

16. Finanzierung der Abrisskosten baufälliger volkseigener und privater Gebäude.

Die Kosten für den Abriss volkseigener Gebäude, die infolge ihres baufälligen Zustandes abgerissen werden müssen, sind im Plan der Entrümmerung (Epl. 24, Kap. 091) zu planen.

Dasselbe gilt für private baufällige Gebäude, deren Eigentümer die Abrisskosten nachweislich aus eigenen Mitteln nicht tragen können.

Die dadurch entstandenen Kosten sind im Entrümmerungsbericht (Formbl. 0360 3) abzurechnen.

Die örtlichen Organe müssen die für die Entrümmerung (Abräumung) der privaten Grundstücke angefallenen Kosten den Eigentümern in Rechnung stellen und nach den gesetzlichen Bestimmungen einziehen.

III. Bauindustrie

7. Bauseitig gewonnenes Material.

1. Wird beim Baugrubenaushub Sand oder Kies gewonnen, so ist unabhängig davon, wer die Verwendungsmöglichkeit feststellt, der Baubetrieb berechtigt, die Festpreise mit ihrem vollen Kies- und Sandanteil in Rechnung zu stellen.

Dem Auftraggeber sind jedoch für die gewonnene Kies- bzw. Sandmenge die bezirksüblichen Kies- bzw. Sandgrubenabgabepreise, d. h. reine Bodenkosten + Gewinnkosten zu erstatten.

Eventuelle Mehrkosten, die dem Baubetrieb durch Sieben oder durch Längs- und Quertransporte ent-

stehen, darf der Baubetrieb nicht berechnen. Andernfalls dürfen jedoch auch keine Minderungen für Transporte gefordert werden, da der Festpreis für Kies und Sand unabhängig von den gefahrenen Transportkilometern gilt.

Es wird darauf hingewiesen, daß selbstverständlich dem Baubetrieb die im Titel Erdarbeiten festgelegten und berechtigten Festpreise für die Aushubmassen erstattet werden müssen. Jedoch darf der Baubetrieb die Abfuhr der als Kies und Sand gewonnenen Bodenmassen nicht weiter verrechnen.

2. Gewinnt der Baubetrieb nicht direkt aus der Baugrube, sondern auf dem Baugelände Kies oder Sand, welchen er weiter verwendet, so hat er dem Auftraggeber nur den reinen Bodenpreis zu erstatten; zuzüglich kann der Auftraggeber fordern, daß das Gelände für ihn kostenlos wieder eingeebnet wird. In allen anderen Punkten ist wie unter 1. zu verfahren.
3. Andere gewonnene Materialien sind entsprechend wie Sand und Kies zu behandeln.

8. Katalog der koordinierten Arbeitsnormen der volkseigenen Bauindustrie — Ausgabe 1956.

Für die Bildung von Kalkulationspreisen haben nur die preisrechtlichen Bestimmungen Gültigkeit, d. h. für die Anwendung der Zeitwerte für den Arbeitsaufwand die Bestimmungen des § 8, Abs. 3 der Preisanordnung Nr. 561 (GBl. I S. 997).

Es ist kein Preisverstoß, wenn die Betriebe anstelle der technisch begründeten Arbeitsnormen oder betrieblichen Werte die koordinierten Arbeitsnormen anwenden.

Die preisrechtlichen Bestimmungen über die Anwendung der Zeitwerte für den Arbeitsaufwand regeln nicht die für die Entlohnung der Arbeitskräfte gültigen Bestimmungen.

9. Mitteilung über die Drucklegung weiterer „Technologischer Karten“.

Außer den in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ Nr. 9/10 vom 15. Mai 1956 und Nr. 17/18 vom 15. September 1956 aufgeführten „Technologischen Karten“ können ab Februar 1957 weitere „Technologische Karten“ bestellt und ausgeliefert werden.

- 2.01.11 Druckluftmörtelförderung mit 0,8 m³ Kesselinhalt, stationär in das Erdgeschoß
- 2.01.12 dto. in das 1. Obergeschoß
- 2.01.13 dto. in das 2. Obergeschoß
- 2.01.14 dto. in das 3. Obergeschoß
- 2.01.15 dto. in das 4. Obergeschoß
- 3.02.07 Erdarbeiten mit Universalraupenbagger, Größe 6, Greifer, 135° Schwenkwinkel, Abschütten auf Kippe
- 3.02.08 dto. 70° Schwenkwinkel
- 3.02.09 dto. 135° Schwenkwinkel, Abschütten auf Dumper
- 3.02.10 dto. 70° Schwenkwinkel
- 3.02.11 dto. 135° Schwenkwinkel, Abschütten in Muldenkipper
- 3.02.12 dto. 70° Schwenkwinkel
- 3.02.13 Erdarbeiten mit Universalraupenbagger, Größe 5, Hochlöffel, 135° Schwenkwinkel, Abschütten auf Kippe

3.02.14	Erda. Seiten mit Universalraupenbagger, Größe 5, Hochlöffel, 70° Schwenkwinkel	3.00.01	Bodenabtrag, Transport und Absetzen mit Schürfkübelwagen, 2,5 m ³ Inhalt, Bodenart 2
3.02.15	dto. 135° Schwenkwinkel, seitlicher Abbau, Abschütten auf LKW bzw. Dumper	3.06.02	dto. Bodenart 3
3.02.16	dto. 70° Schwenkwinkel	3.06.03	dto. Bodenart 4
3.02.17	dto. 135° Schwenkwinkel, Schlitzarbeit vor Kopf, Abschütten auf LKW bzw. Dumper	3.06.04	Bodenabtrag, Transport u. Absetzen mit Schürfkübelwagen, 4,5 m ³ Inhalt, Bodenart 2
3.02.18	dto. 70° Schwenkwinkel	3.06.05	dto. Bodenart 3
3.02.19	dto. 135° Schwenkwinkel, seitlicher Abbau, Abschütten in Muldenkipper	3.06.06	dto. Bodenart 4
3.02.20	dto. 70° Schwenkwinkel	3.06.07	Bodenabtrag, Transport und Absetzen mit Schürfkübelwagen, 6,0 m ³ Inhalt, Bodenart 2
3.02.21	dto. 135° Schwenkwinkel, Schlitzarbeit vor Kopf, Abschütten in Muldenkipper	3.06.08	dto. Bodenart 3
3.04.01	Verfüllen von Rohrgräben mit Kugelschaufler 50,0 m ³ /h	3.06.09	dto. Bodenart 4
3.05.01	Aushub eines Rohrgrabens mittels Grabenbagger, Bodenart 3	3.06.10	Bodenabtrag, Transport und Absetzen mit Schürfkübelwagen, 9,0 m ³ Inhalt, Bodenart 2
4.01.03	Pfahlgründungen, Stahlbetonpfahl — senkrecht, 36/36, Universal-Dampfрамме 23 m	3.06.11	dto. Bodenart 3
4.01.04	Pfahlgründungen, Stahlbetonpfahl — schräg, 36/36, Universal-Dampfрамме 23 m	3.06.12	dto. Bodenart 4
5.01.01	Mörtelmischkanlage mit Freifallmischer 500 l für stationäre Mörteldruckanlage	4.01.05	Pfahlgründungen, Stahlbetonpfahl, senkrecht (34 × 34 cm), Universal-Dampfрамме 16,0 m
5.01.03	Mörtelmischung mit 2 Freifallmischern 250 l für transportable Mörteldruckanlage	4.01.06	Pfahlgründungen, Holzpfahl, Schwimmramme
5.02.03	Mörtelmischkanlage mit 2 Freifallmischern 250 l für transportable Mörteldruckanlage	4.01.07	Pfahlgründungen, Stahlbetonpfahl, Schwimmramme
5.02.01	1 Stein starkes volles Mauerwerk aus Mauerziegeln (NF) in der Zweiergruppe	4.03.01	Holz-Spundwand, Reihen-Freifallramme
5.02.02	1½ Stein starkes volles Mauerwerk aus Mauerziegeln (NF) in der Zweiergruppe	4.03.02	Stahlbeton-Spundwand, Universal-Dampfрамме 14,0 m
5.02.03	2 Stein starkes volles Mauerwerk aus Mauerziegeln (NF) in der Zweiergruppe	4.03.03	Stahl-Spundwand, Universal-Dampfрамме, 23,0 m
3.02.22	Erdarbeiten mit Universal-Raupenbagger, Größe 6, Hochlöffel, 135° Schwenkwinkel, Abschütten auf Kippe	4.03.04	Stahlbeton-Spundwand, Schwimmramme
3.02.23	dto. 70° Schwenkwinkel	4.03.05	Stahl-Spundwand, Schwimmramme
3.02.24	dto. 135° Schwenkwinkel, seitlicher Abbau, Abschütten in LKW bzw. in Dumper	6.01.14	Betonmischkanlage mit 2 Stück 500 l-Freifallmischern, transportablen Zuschlagstoffsilo und Zementbehältern, fahrbares Dosiergerät
3.02.25	dto. 70° Schwenkwinkel	6.01.15	dto. feststehendes Dosiergerät
3.02.26	dto. 135° Schwenkwinkel, Schlitzarbeit vor Kopf, Abschütten in LKW bzw. in Dumper	6.03.01	Betonverdichtung, Innenrüttler
3.02.27	dto. 70° Schwenkwinkel	Die vorgenannten „Technologischen Karten“ sind beim Buchhaus Leipzig Leipzig O 5, Täubchenweg 83	
3.02.28	dto. 135° Schwenkwinkel, seitlicher Abbau, Abschütten in Muldenkipper	zu beziehen. Alle Interessenten werden gebeten, dort ihre Bestellungen aufzugeben.	
3.02.29	dto. 70° Schwenkwinkel	Die „Technologischen Karten“, die in den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 9/10 und 17/18 aufgeführt sind, können ebenfalls noch bestellt und ausgeliefert werden.	
3.02.30	dto. 135° Schwenkwinkel, Schlitzarbeit vor Kopf, Abschütten in Muldenkipper		

gez.: Winkler
Minister

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

1957

Berlin, den 15. Februar 1957

Nr. 4

INHALTSVERZEICHNIS

A. Allgemeiner Teil	Seite	B. Besonderer Teil	Seite
12. Arbeitsanweisung vom 25. Januar 1957 betr. die Änderung der Anordnung des Verzeichnisses der Kontingentträger vom 28. Dezember 1956 (GBL. II 1957 S. 13)	1	I. Technik und Entwurf	
13. Anweisung über das Verfahren zur Auszeichnung als Meister der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie (ohne Meisterprüfung)	3	17. Lehrgänge über die werkstoffgerechte Anwendung von PVC-Kunststoffen (Vinidur, Ekadur, Decelith) im Bauwesen	4
14. Angebot einer Pumpe zur vermögensrechtlichen Umsetzung	4	18. Steigerung des Aufkommens von Altstoffen (Rundschreiben der früheren HV Entwurf Nr. I. 57/1954 Ziff. 1)	4
		II. Baustoffindustrie	4
		III. Bauindustrie	4
		10. Preise	4

A. Allgemeiner Teil

12. Arbeitsanweisung vom 25. 1. 1957, betr. die Änderung der Anordnung des Verzeichnisses der Kontingentträger vom 28. 12. 1956 (GBL. II 1957 S. 13).

Durch Anordnung vom 28. Dezember 1956 (GBL. II 1957, S. 13) ist das Verzeichnis der Kontingentträger mit besonderen Festlegungen für die Materialplanung und -verteilung von Erzeugnissen – Teil I Industriezeugnisse ohne Nahrungsgüter ab 1957 – geändert worden. Entsprechend wird folgende Verfahrensregelung ab 1957 festgelegt:

Zu § 1

3. Planung und Verteilung von Grund- und Hilfsmaterial für die Baustoffe produzierenden Betriebe.

Zu c) Die Staatliche Plankommission hat bereits den Bedarf des Grundmaterials für die Nebenproduktion von Baumaterialien bei den Ministerien für 1957 abgedeckt.

Deshalb ergeben sich folgende Maßnahmen:

Die Ministerien für Berg- und Hüttenwesen, Kohle und Energie übergeben dem Ministerium für Aufbau, HA Baustoffindustrie, die Planung des Grundmaterials für die Nebenproduktion von Baumaterialien und die Materialverteilung für das Planjahr 1957 bis zum 1. März 1957.

Die Materialpläne der einzelnen Betriebe sind von den Ministerien mit dem Formblatt 1717 (Materialversorgungsbilanz A – mit dem Nachweis der Berechnung des Rohstoff- und Materialbedarfs) und die Materialzuweisung mit dem Formblatt 1720 in dreifacher Ausfertigung einzureichen. Von den Ausfertigungen erhalten die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke vom Ministerium für Aufbau zwei Exemplare zur weiteren Verwendung.

Die Räte der Kreise bzw. Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft, übergeben die Materialpläne des Grundmaterials für die noch vorhandene Nebenproduktion von Baumaterialien den Abteilungen

Aufbau. Die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke reichen die Zusammenfassung dieser Materialpläne an das Ministerium für Aufbau, HA Baustoffindustrie, bis zum 1. März 1957 in einfacher Ausfertigung ein.

Die verbraucherseitige Abrechnung hat rückwirkend ab 1. Januar 1957 erstmalig für das I. Quartal 1957 mit den Formblättern des Ministeriums für Aufbau „Bericht über die Materialbewegung M 46“ an die Abt. Aufbau des zuständigen Rates des Kreises zu erfolgen.

Zu d) Die Betriebe, die nach der Formulierung dieses Absatzes zur Abgabe der Information über Art und Umfang ihrer Produktion verpflichtet sind, geben diese Meldung an die zuständigen Räte der Kreise, Abteilungen Aufbau, bis zum 1. März 1957.

Zu § 2

1a) Verantwortlichkeit für die Materialplanung der Bauwirtschaft nach Bauvolumen.

Nach diesen Festlegungen planen und erhalten nur bestimmte Kontingentträger ihr Grundmaterial für das eigene Bauvolumen bzw. für die Leistungen innerhalb des Bauvolumens.

Deshalb sind von den Ministerien für

Chemische Industrie
Kohle und Energie (ohne bergbauliche Hilfsarbeiten).

die für die beauftragten Bauleistungen der eigenen Baubetriebe und Bauabteilungen von der Staatlichen Plankommission zugeteilten Grundmaterialien an das Ministerium für Aufbau umzugliedern.

Die genannten Ministerien übergeben dem Ministerium für Aufbau, HA Bauindustrie, die Planung der Bauleistungen (untergliedert nach der Nomenklatur der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan 1957 aus der Erzeugnisgruppe Bauwirtschaft – 40 00 000) und des Grundmaterials der einzelnen Betriebe mit dem Formblatt 1717 (Materialversorgungsbilanz A – mit dem Nachweis der Berechnung des Rohstoff- und Material-

bedarfs) und die Materialzuweisung mit dem Formblatt 1720 in dreifacher Ausfertigung bis zum **1. März 1957**.

Vom Ministerium für Aufbau werden den Räten der Bezirke, Abt. Aufbau, zwei Exemplare zugeleitet.

Diese Materialien bzw. Kontingente sind von den Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke bzw. Kreise zu übernehmen, sie verbleiben jedoch für die durchzuführenden Leistungen bei den Bedarfsträgern und sind von diesen mit dem „Bericht über die Materialbewegung M 46“ des Ministeriums für Aufbau, erstmalig nach Ablauf des I. Quartals 1957, an die übernehmende Stelle abzurechnen.

Regelung für die Montagewerke des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau

Das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau hat für die Leistungen der Montagewerke Halle und Leipzig das Grundmaterial, mit Ausnahme von keramischen Röhren, erhalten. Die Zuteilungen an Grundmaterialien für Bauleistungen sind vom Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau dem Ministerium für Aufbau, ZA Planung und Koordinierung Materialversorgung, bis **1. März 1957** zu übergeben.

Die Kontingente keramische Röhren erhalten die Montagewerke Halle und Leipzig direkt vom Ministerium für Aufbau.

Regelung für die Spezialbaubetriebe des Ministeriums für Aufbau.

Die Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe ist zuständig für die Materialplanung und -verteilung des Grundmaterials für die eigenen Bauleistungen an Objekten der zentralen Planträger sowie für das gesamte Bauvolumen des Objektes „Kombinat Schwarze Pumpe“, jedoch ohne die bergbaulichen Maßnahmen und die Leistungen des Ministeriums für Verkehrswesen.

Da die Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe bereits nach der alten Festlegung Jahreskontingente auf Grund ihrer beauftragten Bauleistungen (Kapazität) erhalten hat, ist im Jahre 1957 wie folgt zu verfahren:

Die Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe übernimmt auch weiterhin für 1957 die Versorgung der eigenen Leistungen ihrer Spezialbaubetriebe an Objekten aus den Plänen der Räte der Bezirke mit Grundmaterialien bis zum Jahresende.

Die Nachauftragnehmerleistungen werden nicht von diesen zentralen Baubetrieben mit Materialien versorgt, sondern von dem für den Standort des Objektes zuständigen Rat des Bezirkes bzw. Kreises, Abt. Aufbau.

Die örtlichen Baubetriebe, die als Haupt- und Nachauftragnehmer am Objekt „Kombinat Schwarze Pumpe“ Bauleistungen ausführen, erhalten hierfür die erforderlichen Grundmaterialien von der Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe über die Gesamtbauleitung des Kombinates Schwarze Pumpe.

Zur Regelung der Umstellung der Versorgung hat der Rat des Bezirkes Cottbus, Abt. Aufbau, aus seinen Kontingenten bis zum **1. März 1957** die Materialanteile für die Bauleistungen der örtlichen Bauwirtschaft am Kombinat Schwarze Pumpe unter Angabe der Betriebe und deren Leistungen über die Hauptabteilung Bauindustrie an die Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe umzugliedern.

Nach dem Prinzip, daß die verbraucherseitige Abrechnung der Materialien an die materialversorgende Stelle erfolgt, haben die örtlichen Baubetriebe die für die Bauleistungen am Kombinat Schwarze Pumpe erhaltenen Materialien mit dem „Bericht über die Materialbewegung M 46“ des Ministeriums für Aufbau ab 31. März 1957 rückwirkend an die Gesamtbauleitung des Kombinats Schwarze Pumpe abzurechnen.

1d) Baumaterialien für Kleinreparaturen außerhalb des Bauvolumens.

In den Zuteilungen des Ministeriums für Aufbau an die Räte der Bezirke, Abteilung Aufbau, sind die Materialien der Erzeugnisgruppe 15 00 000 (Bautstoffe) und der Erzeugnisgruppen 31 00 000 und 58 00 000 (Holz) sowie aus der Erzeugnisgruppe 39 10 000 (Glas) für die Durchführung der Kleinreparaturen, die mit eigenen Arbeitskräften durch örtliche und landwirtschaftliche Bedarfsträger ausgeführt werden, enthalten.

Da die metallurgischen und Maschinenbauerzeugnisse für Kleinreparaturen für 1957 bereits an die Räte der Bezirke herausgegeben wurden, ist es notwendig, auch diese Materialien für Kleinreparaturen an die zuständigen Abteilungen Aufbau umzugliedern. Die Abteilungen Landwirtschaft und örtliche Wirtschaft übergeben deshalb diese Kontingente an die Abteilungen Aufbau.

Außerdem können zur besseren Versorgung der Kleinreparaturen in der Landwirtschaft mit Holz zwischen der Plankommission bzw. der Abteilung Landwirtschaft und der Abteilung Aufbau bei den Räten der Bezirke und Kreise Vereinbarungen getroffen werden über die mögliche Bereitstellung von Holz aus den bereits für 1957 den Abteilungen Landwirtschaft zugewiesenen Kontingenten.

Den Räten der Bezirke, Abteilung Aufbau, wird empfohlen, den Abteilungen Aufbau bei den Räten der Kreise Hinweise für die Festlegung der Höhe der Anteile in allen Materialien für diese Kleinreparaturen zu geben.

Innerhalb des Bauvolumens.

Kleinreparaturen, die durch die Bauindustrie, das Bauhandwerk und durch die Baubrigaden der MTS, VEG, LPG sowie von staatlichen Tierzuchtbetrieben (Errichtung von Behelfsställen) ausgeführt werden, sind innerhalb des Bauvolumens nach dem Grundsatz zu § 2, Absatz 1, zu versorgen.

Materialverbrauchsabrechnung für die Durchführung von Kleinreparaturen außerhalb des Bauvolumens und den Bevölkerungsbedarf.

Materialien, die für Kleinreparaturen (mit eigenen Arbeitskräften) und für die Versorgung der Bevölkerung bereitgestellt werden, sind von Seiten der Räte der Kreise und Bezirke, Abt. Aufbau, in den Berichterstattungen über die Materialbewegung auf Formblatt M 46 in Spalte 4 (als Eingang) und in Spalte 11 (als sonstige Abgänge) – mit „R“ (Reparaturen) gekennzeichnet – gesondert auszuweisen.

1e) Planung und Verteilung von Kesseln und Gußradiatoren.

Hier gilt die „Anweisung des Ministeriums für Aufbau vom 6. Juni 1956 über Planung und Verteilung von gußeisernen Niederdruckdampfkesseln und Gußradiatoren für Bauleistungen“ für das Planjahr 1957.

Material für Stahlkonstruktionen als Bauelemente.

Stahlkonstruktionen, die zur Fertigstellung von Bauobjekten benötigt werden, sind Bauelemente. Hierzu gehören u. a. Stahlfenster und -türen, Stahltore, Gitterrosten, Fenstergitter, Geländer, Feuerleitern, Eisenstufen, montagefertige Schornsteinleitern.

Das hierfür erforderliche Grund- und Hilfsmaterial planen und erhalten die herstellenden Betriebe auf der Grundlage des Produktionsplanes.

Rohre für Gas- und Wasserleitungen, Entwässerung und Rohre für Heizungsanlagen.

Gas-, Wasserleitungs-, Entwässerungs- und Heizungsrohre für die Gebäude des Wohnungs-, Kultur-, Sozial- und Verwaltungsbauens und des sonstigen allgemeinen Hochbaues sowie für die Bauten der Landwirtschaft,

die im Rahmen des vom Ministerium für Aufbau zu planenden und zu versorgenden Bauvolumens zur Verarbeitung gelangen, erhalten die Bedarfsträger über das Ministerium für Aufbau.

Hierzu zählen auch die genannten Rohrleitungen, die in den Gebäuden auf Industriegeländen nicht direkt dem Produktionsprozeß dienen.

Soweit die unter § 2, 1a) genannten Kontingentträger als Ausnahmen eigene Bauleistungen in ihrem Bauvolumen durchführen, planen und erhalten sie hierfür die Materialkontingente.

Die Kontingentträger Technisches Kontor Karl-Marx-Stadt — 07 000 — und Verschiedene Verbraucher — 88 000, II — planen und erhalten die erforderlichen Rohrkontingente für ihr gesamtes Bauvolumen und teilen diese den bauausführenden Betrieben zu.

Bei den einzelnen Rohrleitungsarbeiten sind folgende Abgrenzungen bei der Planung und Verteilung einzuhalten:

Gasleitungsrohre und Rohre für Heizungsanlagen.

Hierzu gehören auch Rohrleitungen für Fernheizanlagen, die keine öffentlichen Versorgungsbetriebe (Fernheizwerk) darstellen.

Wasserleitungsrohre.

Hierzu gehören auch Feuerlöschleitungen in den Gebäuden sowie Verteilungsleitungen hinter einer Übergabestelle (Wasseruhr) und Rohre für gärtnerische Grün- und Sportanlagen.

Entwässerungsrohre in den Gebäuden bis zum Hausekasten oder bis zur Kläranlage gehören zum Bauvolumen.

Baumaterialien zur Versorgung der Bevölkerung.

Der Verkauf von Baumaterialien zur Deckung des **eigenen** Verbrauchs der Bevölkerung (ohne Inanspruchnahme der Bauindustrie und des Bauhandwerks) erfolgt wie bisher über die Handelsorgane.

Metallurgische und Maschinenbauerzeugnisse für den Bevölkerungsbedarf werden vom Ministerium für Handel und Versorgung bereitgestellt. Die Zurverfügungstellung von Holz erfolgt für 1957 für diesen Verwendungszweck ebenfalls noch über das Ministerium für Handel und Versorgung.

13. Anweisung über das Verfahren zur Auszeichnung als Meister der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie (ohne Meisterprüfung).

Die im 2. Fünfjahrplan festgelegten Aufgaben stellen für die Bau- bzw. Baustoffindustrie erhöhte Anforderungen und verlangen die ständige Ausbildung und Qualifizierung der leitenden Kräfte, einschließlich der Meister. Das ist eine Voraussetzung für die Anwendung und Weiterentwicklung der fortschrittlichen Technik und Steigerung der Arbeitsproduktivität in unserer volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie.

Allen in der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie Beschäftigten ist auf Grund der Verordnung vom 28. Juni 1952 „Über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und über die Erhöhung ihrer Gehälter“ (GBl. Nr. 81/52) die Möglichkeit gegeben, sich zum Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie zu qualifizieren.

Die unterschiedliche Auslegung besonders des § 7 der „Fünften Durchführungsbestimmung vom 17. September 1953 der angeführten Verordnung machen es notwendig, in Erweiterung der 15. Mitteilung vom 15. Juni 1954 des Ministeriums für Aufbau, HV Bauindustrie, Abt. Arbeit, folgendes festzulegen:

I. Voraussetzungen für die Verleihung des Titels „Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie“.

Der VEB-Meister-Titel ist grundsätzlich nur nach Ablegung der Meisterprüfung vor einer Kommission der Meisterschule für Bauwesen zu verleihen. Die Verleihung des Meistertitels ohne Prüfung ist nur in ganz besonderen Fällen vertretbar, als eine Auszeichnung für bedeutende Verdienste.

Bei Stellung eines Antrages für eine solche Auszeichnung als „Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie“ müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. Positive Einstellung zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem Bauhaupt- oder -nebenberuf oder dieser abgeschlossenen Berufsausbildung gleichzusetzende Tätigkeitsmerkmale.
3. Eine mindestens 10jährige praktische Tätigkeit, wobei sechs Jahre lang eine leitende Funktion (Meister bzw. Polier) ausgeübt wurde.
4. Vollendete 50. Lebensjahr.
5. Ausübung einer leitenden Funktion in der Produktion.

II. Erforderliche Unterlagen zur Antragstellung

Bei der Stellung des Antrages sind folgende Unterlagen einzureichen:

1. Ausführlich begründeter Antrag und Beurteilung durch die Betriebsleitung aus dem die Qualifikation genau ersichtlich ist (Benennung einiger Objekte unter Angabe der Größe, die der in Vorschlag gebrachte Kollege geleitet hat, evtl. gemachte Verbesserungsvorschläge, Verhältnis zu seinen Kollegen und Auszeichnungen).
2. Stellungnahme und Zustimmung durch die BGL.
3. Personalbogen der DDR mit ausführlichen Angaben des Tätigkeitsnachweises und Nachweis besuchter Schulen und Lehrgänge.
4. Handgeschriebener Lebenslauf.
5. Beglaubigte Abschriften der Berufszeugnisse.

III. Welche Berufsgruppen kommen für die Auszeichnung durch den Minister für Aufbau in Frage?

a) Bauindustrie

Maurerpoliere	bei großen Wohnungsgebäuden im Städte, bei Industriebauten mit überwiegend schwierigen Konstruktionen, bei großen Talsperren- und Brückenbauten
Zimmerpoliere	
Betonpoliere	
Eisenbiegerpoliere	
Einschalerpoliere	
Bohrmeister	

Schachtmeister	bei großen Wasser-, Verkehrs- u. Brückenbauten, die 60-120 Beschäftigte beaufsichtigen
----------------	--

Maschinenmeister	die auf Baustellen mit hohem Mechanisierungsstand bzw. MTA tätig sind.
------------------	--

b) Baustoffindustrie

Ziegler	
Feuerfestformer	
Kalkfacharbeiter	
Steinfacharbeiter	
Steinmetz	
Zementfacharbeiter	
Betonfacharbeiter	

IV. Einreichung und Bearbeitung des Antrages

1. Die zentral geleiteten Betriebe der einzelnen Hauptverwaltungen reichen die Anträge in einfacher Ausfertigung bei der zuständigen Hauptverwaltung des Ministeriums für Aufbau ein.
2. Die bei den Hauptverwaltungen eingegangenen Anträge sind nach Überprüfung und Zustimmung der Abt. Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung zuzustellen.

3. Die von Betrieben der örtlichen Wirtschaft eingereichten Anträge sind über die Abt. Aufbau des Kreises dem Rat des Bezirkes, Abt. Aufbau, zuzustellen. Diese haben die Anträge, bei Anlegung strenger Maßstäbe, genauestens zu überprüfen. Bei Befürwortung ist der Antrag mit Stellungnahme an das Ministerium für Aufbau, Abt. Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung, innerhalb von vier Wochen einzureichen. Bei Nichterfüllung der notwendigen Voraussetzungen ist der Antrag durch die Abt. Aufbau beim Rat des Bezirkes unter Angabe der Gründe an den Betrieb zurückzugeben.
4. Die dem Ministerium für Aufbau zugestellten Anträge sind durch eine Kommission nochmals zu beraten und dem Minister zur Entscheidung und Bestätigung vorzulegen.
5. Die Mitglieder der Kommission sind auf Vorschlag des Leiters der Abt. Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung durch den Minister zu berufen.
6. Zusammensetzung der Kommission
 - a) ein Vertreter der Abt. Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung;
 - b) je ein Arbeitsdirektor eines volkseigenen VEB Bau- und eines Baustoffbetriebes;
 - c) ein Vertreter der Fachschule für Bauwesen Blankenburg bzw. Apolda;
 - d) ein Vertreter der Abteilung Hoch- und Fachschulen des Ministeriums für Aufbau;
 - e) ein Vertreter der Kaderabteilung des Ministeriums für Aufbau;
 Je nach Anfall der Anträge ist ein Vertreter der HV mit beschließender Stimme hinzuzuziehen.
7. Bei Ablehnung von Anträgen durch den Minister, sind innerhalb 14 Tagen nach der Kommissionssitzung die Betriebe über die jeweiligen Räte der Bezirke durch den Leiter der Abt. Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung, mit der Angabe der Begründung, zu unterrichten.
8. Bei Zustimmung und Bestätigung zur Führung der Bezeichnung „Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie“ durch den Minister für Aufbau, ist die Urkunde in würdiger Form durch den Leiter der Abteilung Aufbau beim Rat des Bezirkes bzw. den HV-Leiter den Kollegen auszuhändigen.

14. Angebot einer Pumpe zur vermögensrechtlichen Umsetzung.

Der Sonderbaustab „Erzbergbau“ meldet zur Umsetzung:

1 Klappdeckel-Kreisel-Pumpe ohne Motor	
Modell MC 3 K1	
Lichte Weite Saugstutzen	125 mm
Lichte Weite Druckstutzen	100 mm
1200 l/min, 1450 U/min, 22 m WS Förderhöhe	
Kraftbedarf an der Welle	10,5 PS
Vorzusehende Motorstärke	15,0 PS

Interessenten wenden sich an den Sonderbaustab „Erzbergbau“ für Wohnungs-, Kultur- und Sozialbauten — Baulenkung — Karl-Marx-Stadt, Waisenstraße 14, Telefon: Karl-Marx-Stadt: 4 66 41.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

17. Lehrgänge über die werkstoffgerechte Anwendung von PVC-Kunststoffen (Vinidur, Ekadur, Decelith) im Bauwesen.

Das Zentralinstitut für Schweißtechnik der Deutschen Demokratischen Republik, Halle/Saale N 10, Bahnhofstraße 3, führt, wie in den vergangenen Jahren, auch im Jahre 1957 vier Sonderlehrgänge über obiges Thema durch.

Für diese Lehrgänge, die vier Tage dauern, wird eine Gebühr von 50,— DM erhoben.

In Vorträgen und Vorführungen erhalten die Teilnehmer einen umfassenden Überblick über die Verwendung und Einsatzmöglichkeiten von PVC im Bauwesen nach dem neuesten Stand der Technik. Die Sonderlehrgänge werden zu folgenden Terminen durchgeführt:

19. 3. — 22. 3. 1957
11. 6. — 14. 6. 1957
17. 9. — 20. 9. 1957
29. 10. — 1. 11. 1957

Die Anreise muß am Tage vor Lehrgangsbeginn erfolgen. Unterkunft und Verpflegung werden auf Wunsch durch das Institut vermittelt. Die Kosten für die Verpflegung und Unterkunft sind von den Teilnehmern selbst zu tragen.

Die delegierenden Betriebe (Entwurfsbüros, Bau- und Baustoffbetriebe) übernehmen die Kosten entsprechend den Reisekostenanordnungen vom 20. 3. 1956 (GBI. I, Seite 299, 304).

Dem Zentralinstitut für Schweißtechnik ist von den delegierenden Betrieben 14 Tage vor Lehrgangsbeginn eine namentliche Mitteilung der Teilnehmer zu über senden. Erst nach Bestätigung durch das Institut an den delegierenden Betrieb kann die Teilnahme an den Lehrgängen erfolgen.

18. Steigerung des Aufkommens von Altstoffen. Rundschreiben der früheren HV Entwurf Nr. L 57/1954 Ziff. 1.

Im Jahre 1956 erreichten die nachbezeichneten Entwurfsbüros bei der Altpapiersammlung ausgezeichnete Jahressammelergebnisse, die hiermit zur Kenntnis gebracht werden:

Entwurfsbüro für Industriebau Leipzig 3180 kg
Entwurfsbüro für Industriebau Rostock 2560 kg
Entwurfsb. f. Industrieb. Karl-Marx-Stadt 2220 kg
Entwurfsb. f. Hochbau Karl-Marx-Stadt 1643 kg

III. Bauindustrie

10. Preise

a) Versorgungsleitungen für Ausbaugewerke

Die Kosten für die Ausführung der provisorischen Versorgungsleitungen im Gebäude sind mit den in der „Liste der Baustellenbereichszuschläge“ festgelegten Zuschlägen, die als Bezugsbasis die Summen der L II + L III-Bereiche für Bauhauptleistungen als Grundlage haben, abgegolten.

Der Bauhauptbetrieb kann diese Leitungen während der Zeit, in der er sie selbst benötigt, dem Ausbaubetrieb gegen Erstattung der anfallenden Strom- und Wasserkosten zur Verfügung stellen bzw. ihm Anschlüsse gestatten.

Da der Investräger verpflichtet ist, die zur Durchführung der Baubeneleistungen benötigten Zapfstellen für Strom und Wasser in zumutbarer Entfernung der Einbaustelle bereitzustellen, können die für die Vorhaltung vorgenannter Leitungen an den Ausbaubetrieb über die vom Bauhauptbetrieb benötigte Zeit hinaus entstehenden Kosten dem Investräger in Rechnung gesetzt werden.

b) Abgelagerte Ziegelbrocken

Zur Vermeidung von Unstimmigkeiten wird im Einvernehmen mit der Zentrale der Deutschen Investitionsbank festgelegt, daß im Sinne des Titels „Erd- und Felsarbeiten“ des Festpreiskataloges Teil I für Bauhauptleistungen abgelagerte Ziegelbrocken als loses Felsgeröll zu betrachten sind und demzufolge bei der Preisbildung von Bauleistungen — abgelagerte Ziegelbrocken laden, abladen usw. — die Bodenart 4 in Ansatz zu bringen ist.

Winkler, Minister

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

1957

Berlin, den 1. März 1957

Nr. 5

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite	Seite	
A. Allgemeiner Teil			
15. Anwendung der Festpreise für Bauhauptleistungen	1	20. Wiederverwendungsprojekte für landwirtschaftliche Betriebsgebäude Übersicht in „Verfügungen und Mitteilungen Nr. 19/1956, B I 91, Liste 3 Abschn. II Ziff. 2 und 10 (Seite 5)“	3
16. Die Durchführung der Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der DDR, den Staatlichen Vertragsgerichten in den Bezirken und den Vertragsschiedsstellen	1	21. Anpassungsarbeiten bei Typenprojekten	3
B. Besonderer Teil			
I. Technik und Entwurf			
19. Form der Projektmappen Vorhöften eines Bestätigungsblattes nach einheitlichem Muster „Verfügungen und Mitteilungen Nr. 1 1957 B I 5“	2	II. Baustoffindustrie 7. Verrechnung und Buchung der Lehrlingsleistungen — zentral- und örtlich geleitete Betriebe der Baustoffindustrie	3
III. Bauindustrie			
11. Beschaffung und Aktivierung von Rohrrüstungen	4	12. Hinweise zu Nachweiskosten	4

A. Allgemeiner Teil**15. Anwendung der Festpreise für Bauhauptleistungen im Jahre 1957**

Mit dem Inkrafttreten der Preisanordnung Nr. 561/4 — Anordnung über die Preisbildung für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie — vom 9. Oktober 1956 (GBI. I S. 854) wird für die Umstellung der Kostenpläne gemäß dieser Preisanordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank nachstehende Regelung getroffen:

- a) Die mit der Preisanordnung Nr. 561/2 — GBI. I S. 381/56 — festgelegte Regelung betr. Anwendung der Umrechnungs-Koeffizienten tritt mit dem 31. Dezember 1956 außer Kraft.
- b) Mit Wirkung vom 1. Januar 1957 sind ausnahmslos alle Bauvorhaben auf der Basis der Festpreise für Bauhauptleistungen nach der Preisanordnung Nr. 561/4 abzurechnen.
- c) Kostenpläne für Bauvorhaben des Jahres 1957, die nicht nach der Preisanordnung Nr. 561/4 aufgestellt sind und sich noch im Besitz des Entwurfsbüros befinden, sind von diesem nach den Bestimmungen der Preisanordnung Nr. 561/4 umzustellen.
- d) Kostenpläne wie unter c), die bereits an den Baubetrieb ausgeliefert wurden, sind vom Baubetrieb gemäß der Preisanordnung Nr. 561/4 umzustellen und dem Investräger zur Anerkennung vorzulegen.
- e) Für die Umstellung der Kostenpläne, die durch das Entwurfsbüro an den Auftraggeber (Investräger) ausgehändigt worden sind, ist der Auftraggeber verantwortlich.
- f) Bei Überhangbauten, die spätestens bis 31. März 1957 endgültig abgerechnet werden, ist eine Um-

stellung nicht erforderlich, jedoch hat die Abrechnung entsprechend der Preisanordnung Nr. 561/4 zu erfolgen.

- g) Die Kostenpläne für Fortführungsbauden sind vom Baubetrieb umzustellen, soweit er im Besitz der Kostenpläne ist.
- h) Für die Umstellung der Kostenpläne bereits endgültig projektierte Bauvorhaben, die auf Basis 1955 oder früher kalkuliert sind, jedoch erst im Jahre 1957 oder später zur Ausführung gelangen, ist, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die Kostenpläne befinden, der Auftraggeber (Investräger) verantwortlich.
- i) Die Umstellung der Kostenpläne unter c) und d) erfolgt kostenlos.
- j) Die Umstellung der Kostenpläne unter e), g) und h) erfolgt auf Kosten des Auftraggebers (Investräger).

Diese Regelung gilt sowohl für Leistungsverträge als auch für Pauschalverträge und tritt ab 1. Januar 1957 in Kraft.

16. Die Durchführung der Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der DDR, den Staatlichen Vertragsgerichten in den Bezirken und den Vertragsschiedsstellen.

Da die Verfahrensordnung für das Staatliche Vertragsgericht in der Fassung vom 1. Juli 1953 — GBI. S. 857 — nur einen Teil der Rechte und Pflichten, die den Partnern und den Staatlichen Vertragsgerichten aus der Durchführung der Vertragsschiedssachen erwachsen, regelt, wurde bisher durch die unterschiedliche Anwendung der verfahrensrechtlichen Vorschriften die weitere

Festigung des Vertragssystems gehemmt. Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, hat das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Anweisung vom 10. November 1956 erlassen, die bis zum Erlass einer neuen Verfahrensordnung, die bereits in Arbeit ist, sowohl für die Vertragspartner als auch für die Vertragsgerichte und Vertragsschiedsstellen ab 1. Januar 1957 gilt.

Diese Anweisung ist in den „Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR, Neue Folge Nr. 2, vom 15. Dezember 1956“ veröffentlicht. Dieses Mitteilungsblatt ist durch die zuständige Postanstalt am Ort des Betriebes laufend zu beziehen – vgl. Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 20/1956 unter A 42 S. 2 –.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

19. Form der Projektmappen.

Vorheften eines Bestätigungsblattes nach einheitlichem Muster.

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 1/1957 B I 5.

Im Anschluß an die Bezugsverfügung werden die Entwurfsbüros des Ministeriums für Aufbau und der Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke angewiesen, ab sofort den Projektmappen Deckblätter entsprechend den nachstehenden Mustern eines Bestätigungsblattes für Grund- und Ausführungsprojekt vorzuheften.

Bestätigungsblatt

Planträger:

Bestätigung des Grundprojektes für das Investitionsvorhaben

Das Grundprojekt umfaßt:

1. Bestätigungsblatt	Bl. Nr. 1
2. Nachweis über das Vorliegen der für das Grundprojekt erforderlichen Gutachten und Stellungnahmen:	
a)	" " 2 bis
b)	" "
c)	" "
d)	" "
e)	" "
f)	" "
g)	" "
h)	" "
3. Erläuterungsbericht (Baubeschreibung)	" "
4. Vermessungsarbeiten	" "
5. Kostenüberschlag für den bautechnischen Teil einschl. 10% f. Unvorhergesehenes (Preisbasis 1956)	" "
6. Überschlägige Angaben über:	" "
a) die wirtschaftliche Bauzeit	" "
b) den wirtschaftlichen Grobzeitplan (unterteilt nach Baujahren)	" "
c) den Baustoffbedarf (unterteilt nach Planjahren)	" "
d)	" "
7. Übersichtsplan 1:10 000 bis 1:25 000 (gegebenenfalls einen Ausschnitt aus dem bestätigten Teilbebauungsplan)	" "
8. Lageplan	" "
9. Zeichnungen, Grundrisse, Ansichten und Schnitte 1:100 bzw. 1:200 (..... Bl.)	" "
10.	" "
11.	" "
12.	" "

Die Bestimmungen über die Preisbildung und über die Einsparung von Engpaßstoffen wurden eingehalten.
Das Grundprojekt ergibt eine Summe von

TDM

Ausgestellt und bescheinigt

(Stempel)

Leiter des zuständigen Projektierungsbüros

Bestätigungsblatt

Planträger:

Bestätigung des Ausführungsprojektes für das Investitionsvorhaben

Das Ausführungsprojekt umfaßt:

1. Bestätigungsblatt	Bl. Nr. 1
2. Baugenehmigung (B)	" " 2 bis
3. Ausführlicher bautechnischer Erläuterungsbericht	" "
4. Erläuterung und Begründung etwaiger Abweichungen vom Grundprojekt	" "
5. Kostenplan	" "
6. Materialbedarfslisten (unterteilt nach Planjahren)	" "
7. Bauzeitplan	" "
8. Finanzbedarfsplan	" "
9. Leistungsverzeichnisse mit Preisen (Preisbasis 1956)	" "
10. Lageplan	" "
11. Ausführungszeichnungen, Grundrisse, Ansichten und Schnitte (..... Bl.)	" "
12. Statische Berechnungen (..... Bl.)	" "
13.	" "
14.	" "
15.	" "

Die Bestimmungen über die Preisbildung und die Einsparung von Engpaßstoffen wurden eingehalten.

Das Grundprojekt schloß ab mit einer Gesamtsumme von

TDM

Das Ausführungsprojekt ergibt eine Gesamtsumme von

TDM

Für das Jahr 195... sind davon vorgesehen

TDM

Ausgestellt und bescheinigt den 195...

(Stempel)

Leiter des zuständigen Projektierungsbüros

Falls keine Veränderungen gegenüber dem Grundprojekt vorliegen, genügt bei den einzelnen Positionen ein Hinweis auf die beim Grundprojekt vorhandenen Unterlagen unter Angabe der Blattnummer.

20. Wiederverwendungsprojekte für landwirtschaftliche Betriebsgebäude.

Bezug: Übersicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 19/1956, B I 91, Liste 3 Abschn. II Ziff. 2 und 10 (Seite 5).

Nachstehend aufgeführte Wiederverwendungsprojekte sind aus den Wiederverwendungslisten zu streichen, da sie nicht mehr den neuesten Anforderungen entsprechen. Die Zurückziehung dieser Wiederverwendungsprojekte beschloß der Arbeitskreis für Wiederverwendung Landwirtschaft in seiner Tagung am 20. Dezember 1956.

1. Rinderstall für 90 Kühe mit deckenlastigem Bergerraum
SVB 813.2

Autor: Entwurfsbüro für Hochbau Stralsund

2. Rinderstall für 60 Kühe, deckenlastig
SVB 813.25

Autor: Entwurfsbüro für Hochbau Dresden II
WV 158

21. Anpassungsarbeiten bei Typenprojekten.

In Nr. 21/1956 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ ist unter B I 110 zu Ziff. 2 der Begriff der Anpassungsarbeiten bei Typenprojekten erläutert. Diese Erläuterungen haben über den Rahmen der für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Betracht kommenden Typenprojekte hinaus Gültigkeit. Ergänzend wird darauf hingewiesen, daß bei Typenprojekten mit Varianten die Überarbeitung in bezug auf die spezielle Ausführungsart zu den Anpassungsarbeiten gehört. Die für die Ausführungsart nicht in Betracht kommenden Tabellen, Maße und Anmerkungen sind zu streichen.

II. Baustoffindustrie

7. Verrechnung und Buchung der Lehrlingsleistungen — zentral- und örtlich geleitete Betriebe der Baustoffindustrie.

Auf Grund der AO vom 25. Oktober 1956 über die Finanzierung und Abrechnung der Kosten der Berufsausbildung der Lehrlinge in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft — GBl. I S. 1149 — ist ab 1. Januar

1957 die Abrechnung der Kosten und Leistungen bei der Lehrlingsausbildung wie folgt vorzunehmen:

1. Volkseigene Betriebe, welche die Kosten der Berufsausbildung nach § 6 der AO vom 25. Oktober 1956 in die Selbstkosten aufnehmen, planen und verrechnen diese Kosten als Betriebsgemeinkosten.
2. Volkseigene Betriebe, denen die Kosten der Berufsausbildung aus Mitteln des Haushaltes erstattet werden, planen und verrechnen die Kosten und Erlöse in der Kontenklasse 7.

Zu diesem Zwecke werden folgende Konten eingerichtet:

- 7000 Konto für Lehrlingsausbildung
- 7009 Konto für sonstige Kaderausbildung
- 7500 Erlöse aus Lehrlingsausbildung
- 7509 Erlöse aus sonst. Kaderausbildung.

Diese Abrechnung, außerhalb der Betriebsabrechnung, kommt in Anwendung, wenn für die Lehrlingsausbildung keine Produktionsleistung geplant ist; die Lehrlinge sind den einzelnen Brigaden zur praktischen Ausbildung zugeteilt.

3. Volkseigene Betriebe, welche eine selbständige, mit Produktion beauftragte Abteilung oder Brigade „Berufsausbildung“ haben, nehmen die Abrechnung der Lehrlingsleistungen in der Betriebsabrechnung vor.

In der Planung und Istabrechnung werden die Abteilungen entsprechend der Gliederung des Betriebes als Haupt- oder Hilfsabteilung geführt. Die Verrechnung der Lehrlingsleistung erfolgt zu betrieblich festgelegten Verrechnungspreisen auf die empfangenden Brigaden oder Abteilungen. Die zwischen verrechneten und tatsächlichen Kosten für Lehrlingsleistung entstehende Differenz ist auf den vorgeschriebenen Anträgen mit dem Haushalt zu verrechnen.

4. Werden von Lehrlingen in Hauptabteilungen Fertigerzeugnisse hergestellt, so ist der Umsatz zu Abgabepreisen mit den Kosten zu verrechnen. Der entstehende Verlust oder Gewinn ist mit dem Haushalt zu verrechnen.

III. Bauindustrie

11. Beschaffung und Aktivierung von Rohrrüstungen.

Im Jahre 1957 können die im Umlaufmittelbereich auf den Sonderkonten „Vorhaltematerial“ (gemäß Verfüungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 20/56) angesammelten Mittel im Rahmen der Wiederauffüllung des technisch notwendigen Bestandes an Vorhalte- und Rüstmaterial für die (Neu-) Anschaffung von Rohrrüstungen (Stahl oder Leichtmetall) verwandt werden.

Die aus diesen Mitteln angeschafften Rohrrüstungen sind zunächst als Umlaufmittel auf Konto 131 – Vorhaltematerial – zu aktivieren und wie das übrige Vorhalte- und Rüstmaterial zu behandeln. (Die aus Investitionsmitteln angeschafften Rohrrüstungen sind auf dem Konto 000 – Grundmittel der Industrie – bzw. Konto 0008 – Rohrrüstungen (neu einzurichten) – als Grundmittel zu aktivieren.

Eine endgültige Regelung der Behandlung der Rohrrüstungen insgesamt bezüglich Aktivierung, Abschreibung usw. erfolgt im Zusammenhang mit dem Abschluß der Arbeiten an der Materialnomenklatur und den damit zusammenhängenden Fragen.

Bei Kontrollen (insbesondere finanzieller Art) ist nunmehr zu beachten, daß Vorhalte- und Rüstmaterial sowohl in den Grundmitteln als auch in der entsprechenden Position der Umlaufmittel ausgewiesen wird.

12. Hinweise zu Nachweiskosten.

Im § 12 der Preisanordnung Nr. 561, GBl. I, Nr. 113/55 wird ausgeführt, daß Nachweiskosten nach ihrem tatsächlichen Anfall bis zu der im Kostenplan festgesetzten Höchstsumme berechnet werden können.

Darüber hinaus treten für das Planjahr 1957 keine Sonderregelungen in Kraft.

Ferner weisen wir darauf hin, daß Nachweiskosten nicht durch Sonderkredite der Deutschen Investitionsbank finanziert werden, da im GBl. I, Nr. 15 vom 1. März 1955, S. 142 Absatz 5,2 festgelegt wurde, daß die Nachweiskosten auch dekadeneise abgerechnet werden können.

Durch diese Regelung ist den volkseigenen Bauunternehmen die Möglichkeit gegeben, ohne zusätzliche Mittel ihre Nachweiskosten laufend durch Dekadenabrechnungen zu finanzieren.

gez.: Winkler
Minister

Berichtigung

In der Ausgabe Nr. 3/57 vom 1. Februar 1957 ist bedauerlicherweise auf der Seite 4 ein Fehler unterlaufen. Es muß in der linken Spalte 14. Position richtig heißen:

5.01.02 Mörtelmischchanlage mit Freifallmischer 250 l
für transportable Mörteldruckanlage

In der nächsten Zeile muß es heißen:

5.01.03